



AGDF ■ Endenicher Straße 41 ■ D-53115 Bonn

Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e.V.
Action Committee Service for Peace - Comité d'Action Service pour la Paix

Endenicher Straße 41
D-53115 Bonn

Telefon: 02 28/2 49 99-0
Telefax: 02 28/2 49 99-20

agdf@friedensdienst.de
www.friedensdienst.de

Bank
BIC
IBAN

KD-Bank eG Duisburg
GENODE1DKD
DE73 3506 0190 1011 3910 16

Bericht über die Arbeit der AGDF im Jahr 2024

Inhalt

A	AGDF in Gesellschaft und Kirche	4
B	Arbeitsfelder	5
1.	<i>Internationale Freiwilligendienste</i>	5
1.1	Allgemeine Entwicklungen	6
1.2	Förderprogramme und Lobbyarbeit in Deutschland	6
1.3	Programme und Lobbyarbeit auf EU-Ebene	9
1.4	Evangelische Strukturen	10
2.	<i>Internationale Jugendarbeit</i>	11
2.1	Allgemeine Entwicklungen	11
2.2	Förderprogramme	11
2.3	Übergreifende Lobbyarbeit und Vernetzung	12
3.	<i>(Evangelische und ökumenische) Friedensarbeit</i>	12
3.1	Allgemeine Entwicklungen	12
3.2	Neues aus evangelischen Strukturen	12
3.3	Aus ökumenischen und interreligiösen Netzwerken	13
4.	<i>Friedensbildung</i>	13
4.1	Allgemeine Entwicklungen	14
4.2	Bundesnetzwerk, Landesnetzwerke und andere Akteure	14
5.	<i>Friedenspolitik</i>	14
5.1	Allgemeine Entwicklungen	14
5.2	Netzwerke und Kooperationen	16
6.	<i>Zivile Konfliktbearbeitung</i>	17
6.1	Allgemeine Entwicklungen	18
6.2	Vernetzungen, Instrumente und Kooperationen	18
7.	<i>Zivilgesellschaft, Ehrenamtliches Engagement</i>	19
7.1	Allgemeine Entwicklungen	19
7.2	Vernetzung und Kooperationen	19
C	Aus Dachverband und Evangelischer Friedensarbeit	20
1.	<i>AGDF e.V.</i>	20
1.1	Mitglieder	20
1.2	Gremien	20
1.3	Projekte	23
1.4	Studententage, Fortbildungen	24
1.5	Verbandsinterne Kommunikation	24
1.6	Finanzen	25
2.	<i>Verein für Friedensarbeit im Raum der EKD e.V.</i>	25
2.1	Gremien	25

2.2 Finanzen	25
2.3 Projekte	25
3. <i>Konferenz für Friedensarbeit, Ratsbeauftragter für Friedensarbeit</i>	26
4. <i>Ev. Arbeitsgemeinschaft für KDV und Frieden</i>	26
5. <i>Geschäftsstelle</i>	26
5.1 Allgemeine Entwicklungen, Aktivitäten	26
5.2 Personal	27
D Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit	27
1. <i>Öffentlichkeitsarbeit</i>	27
1.1 Referate und Vorträge	27
1.2 Veröffentlichungen und Pressemitteilungen	27
1.3 Homepage und Anfragen	29
2. <i>Lobbyarbeit und Kooperationen</i>	29
2.1 ... mit kirchlichen Institutionen und Organisationen	29
2.2 ... mit staatlichen Stellen	30
2.3 ... mit anderen Nichtregierungsorganisationen	31
E Zuschüsse und finanzielle Absicherung der Arbeit der Mitglieder	31

Vorwort

Leider war 2024 wieder weitgehend geprägt von kriegerrisch ausgetragenen Konflikten, autokratisch regierten Staaten und deren Machtpolitik und geschwächten internationalen Institutionen wie den Vereinten Nationen. Der Ukraine-Krieg mit seinen immensen Auswirkungen – Opfer, Zerstörung von Infrastruktur, Wohnraum und Natur in der Ukraine, Geflüchtete, eine Militarisierung der Politik und des Denkens, verstärkte Aufrüstung, Wiederaufleben des sog. kalten Krieges – ging in ein weiteres Jahr. Die ukrainische Armee geriet in die Defensive, ohne dass der russischen Armee große Gebietsgewinne gelangen. Auch die Bemühungen der neuen US-Regierung von D. Trump führten Anfang 2025 weder zu einem Waffenstillstand, noch zu einem Friedensschluss.

Auch die kriegerrischen Auseinandersetzungen in Folge der Terrorattacken der Hamas in Israel am 7. Oktober 2023 gingen mit zeitweiliger Unterbrechung weiter und hatten gleichfalls Folgen über die Region hinaus. Die Wahl von D. Trump Anfang November führte bereits vor seinem Amtsantritt im Januar 2025 zu einem befristeten Waffenstillstand zwischen Israel und der Hamas im Gazastreifen. Parallel verschärfte sich das Vorgehen israelischer Sicherheitskräfte und von Siedlern in der Westbank gegenüber den dort lebenden Palästinenser*innen erheblich. Zwischenzeitlich gab es zudem eine militärrische Auseinandersetzung zwischen Israel und der Hisbollah im Libanon; der geschlossene Waffenstillstand ist brüchig. Die Friedensarbeit nicht nur in der Region, das Bemühen um Verständigung zwischen Palästinenser*innen und Israelis¹ finden unter extrem schwierigen Bedingungen statt, eine konstruktive Bearbeitung des Konfliktes und eine Lösung der umstrittenen Fragen erscheinen kaum möglich. Durch uneingeschränkte Rüstungsexporte an Israel und ein Ende der finanziellen Förderung der Zusammenarbeit mit einigen israelischen und palästinensischen Organisationen im Rahmen des Zivilen Friedensdienstes leistet die Bundesregierung leider keinen Beitrag zu einer Deeskalation.

Die Erklärungen der AGDF setzten sich unter Nennung der jeweiligen Aggressoren differenziert mit beiden Konflikten auseinander und beschrieben Betroffenheit, Hilflosigkeit und Dilemmata angesichts der geringen Möglichkeiten, die Kriege schnell zu beenden. Damit versuchten sie auch konstruktive Diskussionen in Deutschland zu fördern.

Im „Schatten“ dieser beiden Kriege, die eine große internationale Aufmerksamkeit bekommen und für die erhebliche finanzielle Mittel für humanitäre Hilfe und auch Waffenlieferungen zur Verfügung gestellt werden, gehen die Kriege in vielen anderen Ländern wie im Sudan, Kongo oder in der Zentralafrikanischen Republik von der breiten Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt weiter. Für die Bevölkerung besonders fatal ist die Situation im Sudan, an dem Krieg sind mehrere andere Staaten indirekt beteiligt. Die von der Weltgemeinschaft zur Verfügung gestellten Mittel für humanitäre Hilfe werden immer weniger dem immensen Bedarf gerecht, was sich 2025 durch die Politik der neuen US-Regierung unter Präsident Trump massiv verschärfte. Erfreulich ist der Sturz des Regimes in Syrien Anfang Dezember; die Situation dort ist fragil, bietet aber der Bevölkerung die Chance, das Miteinander neu demokratisch und freiheitlich zu gestalten.

Die AGDF ist an dem Aktionsbündnis „Stoppt das Töten in der Ukraine“ ebenso beteiligt wie an Kampagnen, die sich für Kriegsdienstverweigerer aus den am Ukraine-Krieg beteiligten Staaten oder für einen Ausbau der Mittel für Krisenprävention und zivile Konfliktbearbeitung einsetzen.

Die internationale Zusammenarbeit wird zudem unverändert durch eine nationalistische, autokratische und die Arbeit der Zivilgesellschaft erschwerende Politik vieler Staaten geschwächt.

Bis zum Auseinanderbrechen der Koalition im Herbst haben die an der Bundesregierung beteiligten Parteien SPD, FDP und GRÜNEN sich in vielen Feldern gegenseitig blockiert. Dies führte dazu, dass weder ein Rüstungsexportkontrollgesetz, ein Demokratiefördergesetz noch eine gesetzliche Regelung zur Verbesserung des Gemeinnützigkeitsrechts beschlossen wurden. Auch der Bundeshaushalt 2025 wurde nicht mehr verabschiedet, was zu viel Verunsicherung führte – und den Erfolg unserer Lobbyarbeit relativierte, da im Entwurf der Bundesregierung die für uns relevanten Haushaltstitel nicht von Kürzungen betroffen waren.

Nicht nur die Krisen weltweit verschärfen sich, auch in Deutschland stellen rechte Gewalt, fake news, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Verschwörungsideologien u.a. den Staat und die demokratische Zivilgesellschaft vor große Herausforderungen. Das Thema Flucht und Asyl stand in den politischen Auseinandersetzungen im Vordergrund, vor allem vor der Bundestagswahl überboten sich die meisten Parteien mit Vorschlägen für Restriktionen. Aber auch über die Friedenspolitik wurde kontrovers und vorwiegend nicht sachlich diskutiert, was sich vor allem an einer Bewertung Russlands festmachte. Auf der einen Seite stand und steht die Behauptung, dass bis 2029 Russland in der Lage und

¹ Die Zuordnung ist per se ungenau, da Palästinenser*innen auch in Israel leben und es in Israel sehr unterschiedliche Meinungen gibt.

willens ist, die NATO anzugreifen. Daher hätten Deutschland, aber auch die anderen europäischen NATO-Staaten bzw. die EU einen immensen Nachholbedarf und müssten deutlich mehr Mittel in Rüstung und Militär investieren, um sich (gemeinsam) verteidigen zu können. Um die Bevölkerung hiervon zu überzeugen, wird Angst vor einem baldigen Angriff erzeugt. Auf der anderen Seite wird die aggressive Politik Russlands klein geredet und in Konsequenz werden ein Ende der Waffenlieferungen an die Ukraine und der Sanktionen gegen Russland sowie schnelle Friedensverhandlungen gefordert; dies ist nicht nur die Position von AfD und BSW, sondern auch vieler Friedensengagierter. Es zeigt sich, dass sich Perspektive und Stimmung in den östlichen Bundesländern und dem früheren Westdeutschland (auch) in dieser Frage deutlich unterscheiden.

Dass das demokratische Miteinander gefährdet ist, zeigten die Ergebnisse verschiedener Wahlen. Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni gewannen rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien deutlich an Stimmen, bei den Wahlen in ostdeutschen Bundesländern AfD und BSW. Laut Umfragen wird die AfD zunehmend aus inhaltlicher Überzeugung gewählt, nicht aus Protest.

Obwohl sich die Gesellschaft generell in einer Krise befindet, ist es unverändert schwierig, politische Aufmerksamkeit für den breiten, auch die Ursachen bedenkenden Ansatz der Zivilen Konfliktbearbeitung zu finden; zugleich werden die Akteure in dem Feld immer zahlreicher.

Den größten Unterstützungsbedarf hatten auch 2024 die AGDF-Mitglieder, die Internationale Freiwilligendienste und Workcamps durchführen. Ihre Arbeit leidet weiterhin an den Auswirkungen der COVID-19 Pandemie, zwischenzeitlich immens gestiegenen Kosten, unsicherer Bundesförderung, Restriktionen in der VISA-Politik und an der sicherheitspolitischen Lage in verschiedenen Regionen bzw. Staaten.

A AGDF in Gesellschaft und Kirche

Die AGDF versteht Friedensdienst als aufeinander bezogene Aktivitäten von (kurz-, mittel- und langfristigen) Freiwilligen- und Versöhnungsdiensten, von Bildungsarbeit sowie von lokaler und regionaler Friedensarbeit. Die Mitgliedsorganisationen der AGDF engagieren sich aus einer gewaltfreien Orientierung heraus gegen Ursachen und Erscheinungsformen von Unfrieden. Es geht um Verständigung und Versöhnung, um Hilfen und Ermutigung im Kampf gegen ungerechte Verhältnisse, um sozialen Ausgleich sowie um die Bewahrung der Mitschöpfung und Antworten auf die Klimakatastrophe.

Die gesellschaftspolitische Debatte in Deutschland war 2024 u.a. durch eine teilweise hitzige Auseinandersetzung zu den beiden genannten Kriegen mit häufig moralisch aufgeladenen Argumenten bestimmt. Der Krieg in der Ukraine wurde politisch instrumentalisiert, die öffentliche Auseinandersetzung zum Nahost-Konflikt war Restriktionen ausgesetzt. Die neu gegründete Partei Bündnis Sahra Wagenknecht profilierte sich mit populistischen Argumenten als „Friedenspartei“. Die AfD bedient sich ebenfalls klassischer friedensbewegter Narrative und Symbole. Unterschiedliche Perspektiven und Bewertungen gab es auch in Kirche, Friedensbewegung und der AGDF. Akteure, die – wie die AGDF – versuchten, den verschiedenen Perspektiven und der Komplexität der Konflikte Rechnung zu tragen, hatten es schwer Aufmerksamkeit zu bekommen bzw. waren Vorurteilen ausgesetzt.

Die Gräben in der Gesellschaft sind weiterhin tief und werden durch politische Auseinandersetzungen beispielsweise zu Flucht und Asyl eher noch tiefer: So gibt es zum einen rechte Gewalt, eine radikale AfD und Kritik an staatlichem Handeln und zum anderen eine wachsende Sensibilität für gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (wie Rassismus), deutliche Forderungen nach mehr Anerkennung, Chancengleichheit und Teilhabe sowie steigende Unzufriedenheit über geringe Fortschritte beim Kampf gegen die Klimakrise. Anfang 2024 und im Vorfeld von Wahlen wurden Teile der Zivilgesellschaft gegen Rechtsextremismus und für Menschenrechte u.a. durch Demonstrationen aktiv – ohne dass dies erkennbar die Wahlergebnisse beeinflusst hat.

Die Herausforderung für die Friedensarbeit ist unverändert eine Doppelte: Zum einen die klare Parteinahme für Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit, gewaltfreie Konflikttransformation, Inklusion und Diversität sowie für entschiedenere Maßnahmen gegen die Klimakrise und rechtsradikale Gewalt, zum anderen Aktivitäten, welche eine konstruktive Konfliktbearbeitung und Verständigung ermöglichen sowie Ausgrenzung vermeiden. Erfahrungen im Zivilen Friedensdienst zeigen, wie wichtig ein direkter Kontakt und eine kontinuierliche Zusammenarbeit beispielsweise mit Partnern in der Ukraine oder in Israel / Palästina auch im Krisen- und Kriegsfall ist, wie dies im Einzelnen viel zur Minderung von Leid beitragen kann und Aktive vor Ort solidarisch unterstützt.

Im politischen Diskurs in Deutschland werden einige Positionen polarisiert und undifferenziert diskutiert: Zur Unterstützung der Ukraine im Krieg und für die Verteidigung gegen die russische Föderation bedürfte es einer massiven Aufrüstung und Stärkung der Bundeswehr. Deutschland und die EU hätten ein „Flüchtlingsproblem“, das sie durch verschärfte Asylregelungen, vermehrte Abschiebungen und noch stärker gesicherte Außengrenzen bekämpfen müssten. Da mehr

Bundesmittel für Verteidigung aufgewendet werden müssten, müsse halt woanders – im Klimaschutz oder sozialen Bereich – gespart werden. Damit verschieben sich auch politische Prioritäten. Maßnahmen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt oder gegen die fortschreitende Klimakrise können nur schwer thematisiert werden, eine breite Mobilisierung beispielsweise gegen eine Hochrüstung und Militarisierung gelingt auch angesichts der Komplexität vieler Herausforderungen nicht. Hinzu kommt, dass die Friedensbewegung in vielen Fragen weiterhin uneins ist.

Die politisch geschürte Angst vor einem baldigen russischen Angriff auf NATO-Staaten war 2024 der Boden für intensive Debatten zu Wehrpflicht und zum Bedarf, dass Deutschland „kriegstüchtig“ wird. Auch hier war es schwer, mit kritischen Fragen und Fakten öffentliches Gehör zu bekommen und Alternativen ins Gespräch zu bringen. Selbst die Ev. Kirche begann ein Konzept – „geistiger Operationsplan“ nannte dies der Militärbischof in Anlehnung an den Operationsplan Deutschland des BMVg – zu erstellen, welchen seelsorgerlichen Beitrag sie im Spannungs- und Kriegsfall leisten kann.

Gegen die Auswirkungen einer verstärkten Militarisierung des politischen Denkens und Handelns setzt die AGDF – trotz des russischen Angriffskriegs – auf gewaltfreie Instrumente und Methoden der Prävention und Transformation von Konflikten und Krisen als Teil einer umfassenden Friedenspolitik. Diesen in Politik, Öffentlichkeit und Praxis mehr Geltung zu verschaffen, dienen die bei der AGDF angesiedelten Projekte des Konsortiums Ziviler Friedensdienst (ZFD), die Vermittlung von Friedensfachkräften als Referent*innen sowie die AGDF-Öffentlichkeitsarbeit. Die Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel kritisiert u.a. Auswirkungen des Exportes von sog. Kleinwaffen und des Rüstungsexportes in Krisenregionen, ICAN, deren Partnerorganisation die AGDF 2024 wurde, setzt sich für eine atomwaffenfreie Welt ein.

Die AGDF hat 2024 die Bemühungen fortgesetzt, Konfliktbearbeitung im Inland zusammen mit der Arbeitsgruppe Zivile Konfliktbearbeitung im Inland der Plattform ZKB politisch bekannter zu machen und die finanziellen Bedingungen für Aktivitäten zu verbessern. Das Feld der Konfliktbearbeitung im Inland entwickelt sich dynamisch und viele neue Akteure werden aktiv. Daher hat die AGDF zusammen mit anderen ein neues Netzwerk der Konfliktbearbeitung in Deutschland auf den Weg gebracht. Es ist gelungen, dass in die Ausschreibung des Bundesprogrammes „Demokratie leben!“ des BMFSFJ demokratische Konfliktbearbeitung als zentrales Handlungsfeld in allen Programmbereichen aufgenommen wurde. Die AGDF stellte zusammen mit 6 anderen Organisationen einen Antrag auf Förderung eines Kooperationsverbunds Demokratische Konfliktbearbeitung, der Ende des Jahres bewilligt wurde und nun die Perspektive gibt, in den nächsten 8 Jahren die Netzwerkbildung und weitere konzeptionelle Arbeit intensiv fortzuführen.

In den internationalen Freiwilligendiensten sind die Herausforderungen weiterhin sehr groß:

Die massiven Kostensteigerungen in Deutschland und weltweit, die nur partiell durch eine höhere Förderung ausgeglichen wurden, und die Ungewissheit über die mittelfristige finanzielle Ausstattung der Förderprogramme des Bundes haben zu einer möglicherweise existentiellen Krise von Trägern geführt. Hinzu kommen als weitere Probleme tendenziell zurückgehende Freiwilligenzahlen, vermehrt psychische Vorerkrankungen junger Menschen, Vorbehalte, in bestimmte Regionen entsendet zu werden, Krisen und Kriege wie in der Ukraine und in Israel sowie Schwierigkeiten, VISA und Aufenthaltstitel zu erhalten.

Auch dank intensiver Lobbyarbeit, oft gemeinsam mit den Inlandsdiensten, waren im nicht verabschiedeten Entwurf des Bundeshaushaltes 2025 keine (nennenswerten) Kürzungen vorgesehen. Dies löst leider nur bedingt die finanziellen Probleme: Die Förderpauschale im Internationalen Jugendfreiwilligendienst (IJFD) wurde auch nach 12 Jahren nicht erhöht und die für den neuen Jahrgang 2025/26 zur Verfügung stehenden Mittel sinken. Bei weltweit hingegen wurde die dringend notwendige Erhöhung der staatlichen Förderung für Entsendungen (Nord-Süd-Komponente) beschlossen; dennoch müssen die Träger auch hier mehr Spenden einnehmen, um ihre Programme ausreichend zu finanzieren.

Beim Europäischen Solidaritäts-Korps (ESK) begann 2024 die Diskussion um die nächste Programmgeneration der EU ab 2028. Dabei geht es u.a. darum, ob der ESK als eigenständiges Programm bestehen bleibt oder wieder Teil von Erasmus+ wird und wie er finanziell ausgestattet und inhaltlich gestaltet wird.

Die AGDF hat auch 2024 die Arbeit des Beauftragten für Friedensarbeit des Rates der EKD und die Konferenz für Friedensarbeit unterstützt. Ein Fokus lag dabei auf der Begleitung des Beauftragten Landesbischof Kramer und der Friedenswerkstatt, die einen friedensethischen Diskurs gestaltet hat, dessen Inhalte in ein neues Grundlegendokument der EKD aufgenommen werden sollen.

B Arbeitsfelder

1. Internationale Freiwilligendienste

Ziel ist u.a., internationale freiwillige Dienste als praktisches Handeln für Frieden und Gerechtigkeit, zur interkulturellen Verständigung und als Möglichkeit für junge Menschen zur Übernahme von Verantwortung zu stärken, konzeptionell

weiterzuentwickeln und ihre Rahmenbedingungen zu verbessern. Dies stellt einen wesentlichen Aufgabenschwerpunkt der AGDF dar.

1.1 Allgemeine Entwicklungen

Die Situation war 2024 unverändert problematisch, auch wenn sich die Rahmenbedingungen insgesamt nicht weiter verschlechtert haben. Die größte Herausforderung für die Träger blieb auch angesichts der Kostensteigerung die Finanzierung – ob im Internationalen Jugendfreiwilligendienst (IJFD), wo der Bedarf einer Erhöhung des Fördersatzes am größten ist, oder durch die zum Teil fehlende Bereitschaft Freiwilliger, sich für Spenden zu engagieren. Umso erfreulicher war die auf Druck der Interessenverbünde und Träger getroffene Entscheidung des BMZ, den Fördersatz (auch) für die Nord-Süd Komponente (Entsendungen) von weltwärts ab dem Jahrgang 2025/26 anzuheben. Hinzu kamen Unsicherheiten beim Bundeshaushalt 2025. Zwar gelang es dank intensiver Lobbyarbeit, dass im Entwurf der Bundesregierung keine Kürzungen bei den Freiwilligendienst-Mitteln vorgesehen waren, aber nach dem Auseinanderbrechen der Koalitionsregierung Anfang November war klar, dass der Bundestag den Haushalt 2025 frühestens Mitte 2025 verabschiedet und es solange eine vorläufige Haushaltsführung gibt. Während die Mittel für den laufenden Jahrgang gesichert waren, entstand eine große Verunsicherung für den Folgejahrgang 2025/26.

Zudem fehlt es bei etlichen Trägern an (geeigneten) Bewerbungen oder diese wurden kurzfristig zurückgezogen. Ein Teil der Interessierten hat die Erwartung, dass ihre konkreten Vorstellungen erfüllt werden; viele Freiwillige haben psychische Vorerkrankungen. Herausforderungen für die Träger waren weiterhin Probleme mit VISA und Einreisebeschränkungen mit einigen Ländern, ausstehende Anerkennungen von Einsatzstellen und verschärfte Förderauflagen.

Dies zusammen führt zu einer sehr schwierigen Situation für die Träger: zum Teil immense Finanzprobleme, erhöhter Aufwand bei der Auswahl und Begleitung von Freiwilligen und generell eine (zu) große Belastung von Mitarbeitenden sowie fehlende Planungssicherheit. Teilweise kam eine hohe Personalfuktuation hinzu.

Hier als Überblick zum Vergleich die Zahlen an Freiwilligen im jeweiligen Programm insgesamt:

Förderprogramm	FW-Jahrgang vor der Covid-Pandemie	FW-Jahrgang 2020/21	FW-Jahrgang 2021/22	FW Jahrgang 2022/23	FW Jahrgang 2023/24	FW Jahrgang 2024/25
IJFD	3.200	1.550	2.050	2.350	2.403	vorauss. 2.400
weltwärts Nord-Süd	3.600	30	950	2.374	2.386	vorauss. 2.400
weltwärts Süd-Nord	700	180	400	696	656	vorauss. 620

Neben den Gesprächen mit den Bundesministerien über eine Erhöhung der Fördersätze gewann die Lobbyarbeit für eine bessere Bundesmittel-Ausstattung bzw. gegen deren Kürzung erheblich an Bedeutung. Der Gesprächskreis Internationale Freiwilligendienste verfolgte – in enger Kooperation mit dem Bundesarbeitskreis FSJ – zwei Schwerpunkte der Lobbyarbeit:

Zum einen setzten sich die Beteiligten für ausreichend Mittel des Bundes (= zunächst keine Kürzungen) und einen höheren Fördersatz im IJFD ein. Zum zweiten begann mit Blick auf die Bundestagswahl 2025 eine systematische Lobbyarbeit für einen Rechtsanspruch auf einen geförderten Freiwilligendienst bzw. Freiwilligendienstvertrag. Der Vorschlag wurde gezielt in die Debatte zu Pflichtdiensten eingebracht, zudem wurden Einzelheiten intern ausgehandelt. Wichtig war in beiden Fällen, die Anliegen der Internationalen Freiwilligendienste einzubringen und sichtbar zu machen.

Insgesamt blieb der Beratungs- und Austauschbedarf der Träger hoch. Vor allem im Kleinen veränderte Regularien führten immer wieder zu Rückfragen der Träger. Auch wurden verschiedene neue Mitarbeiter*innen bei der Einarbeitung begleitet (s. auch Bericht der KeF-Servicestelle).

1.2 Förderprogramme und Lobbyarbeit in Deutschland

1.2.1 Förderprogramm weltwärts

Die AGDF gestaltet seit 2007 das Förderprogramm weltwärts des BMZ mit, über das AGDF-Mitglieder und angeschlossene Träger im Rahmen des entwicklungspolitischen Freiwilligendienstes Freiwillige entsenden und aufnehmen. Im Interessenverbund ev. Forum entwicklungspolitischer Freiwilligendienst (eFeF) arbeiteten für die AGDF mit Jan Gildemeister (Koordinationskreis, Sprecher, Vertreter im Programmsteuerungsausschuss (PSA)) und Samper Almagro Garcia (beide EIRENE, Koordinationskreis). eFeF arbeitet eng mit den anderen drei Interessenverbünden² zusammen. eFeF ist Träger von einem vom BMZ geförderten Projekt,

² Katholischer Verbund, „weltoffen“ und Verbund entwicklungspolitischer Austauschorganisationen (Ventao)

das bei der AGDF angesiedelt ist (C 1.3.2). Zudem ist bei der AGDF einer von fünf Qualitätsverbünden³ angesiedelt, die gleichfalls eng kooperieren. Auch 2024 war Jan Gildemeister Vertreter des zivilgesellschaftlichen PSA-Koordinators.

Ein zentrales Thema bei weltwärts waren und sind die (begrenzten) Bundesmittel, auch wenn es 2024 zu keinen Kürzungen kam. Angesichts der Kostensteigerungen wäre allerdings eine Steigerung notwendig, alleine um den status quo zu halten. Die Interessenverbünde erreichten erfreulicherweise die Entscheidung des BMZ für eine **Erhöhung der Förderung für die Nord-Süd-Komponente**. Ein neues Problem entstand, als Engagement Global die Weiterleitungsverträge so veränderte, dass in der Süd-Nord-Komponente die Einsatzstellen-Umlage nicht mehr zu den Eigenmitteln der Träger zählt, sondern als Drittmittel. Nach intensiven Gesprächen stellte das BMZ (immerhin) klar, dass bei steigenden Gesamtkosten des Freiwilligendienstes eine Erhöhung der Umlage bei den Einsatzstellen nicht zu einer Verringerung der staatlichen Förderhöhe führt.

Die Interessenverbünde setzten sich – in Abstimmung mit dem Gesprächskreis Internationale Freiwilligendienste und im Rahmen von dessen Kampagne – bei Bundestagsabgeordneten für ein größeres Haushaltsbudget ein. Parallel wurden Bemühungen, die vorhandenen Haushaltsmittel trotz großer Planungsunsicherheiten möglichst gut auszuschöpfen, mit gewissem Erfolg fortgeführt.

Aufgrund der zurückgehenden Zahlen an Entsendungen und Aufnahmen ergriff das BMZ die Initiative für einen sog. **Zukunftsprozess**. Im Rahmen dieses Prozesses nahmen nach dem Auftaktworkshop am 20. Februar Arbeitsgruppen zu den Themen Dienstformate/-dauer, Diversität/Zielgruppen und Öffentlichkeitsarbeit ihre Arbeit auf. Die (Co-) Koordination der AG Diversität lag bei Jan Gildemeister. Während die staatliche Seite mit dem Prozess u.a. die Erwartung verband, dass verstärkt bestimmte Zielgruppen erreicht werden können, ging es der Zivilgesellschaft primär darum, grundlegende Veränderungen am Programm (wie kürzere Dienstzeiten als die Regel) und zu hohe Erwartungen und Auflagen an die Träger zu verhindern.

Generell war die Zusammenarbeit mit den staatlichen Akteuren im sog. Gemeinschaftswerk zwar freundlich, aber nur sehr begrenzt partizipativ. In einem **Schreiben an das Fachreferat des BMZ** und die Leitung der Koordinierungsstelle bei Engagement Global beschreiben die beteiligten Träger und ihre Verbünde Mitte November, wie sie weltwärts wahrnehmen: wo sie die staatliche Seite unterstützend erleben, wo sie mit Hindernissen zu tun haben. Vorgeschlagen wird ein Gespräch in einem geeigneten Rahmen. Anlass für diese Initiative war die sehr schwierige Situation der Träger auch aufgrund der administrativen Praxis.

Der PSA setzte sich – neben den benannten Themen – mit dem Vorschlag des BMZ auseinander, das **Instrumentarium für Monitoring & Evaluation** erheblich auszuweiten, um eine bessere Steuerung der Programmumsetzung zu ermöglichen. Es wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt, in der Jan Gildemeister für die Interessenverbünde mitarbeitet, die auf deren Vorschlag durch externe Expertise beraten wird und 2025 ihre Arbeit aufnahm. Zudem haben die Qualitätsverbünde ihre Berichtsform für die PSA-Sitzung so verändert, dass sie viele Punkte aus der Trägerpraxis aufgreifen, die derzeit herausfordernd sind und wo sie durch eine Auseinandersetzung auf Programmebene so möglich auf Erleichterungen hoffen.

Weiter gab es ein Gespräch von Vertretern der Interessenverbünde, darunter Jan Gildemeister, mit dem Fachreferat des BMZ und der für weltwärts zuständigen Abteilungsleiterin von Engagement Global in Berlin. Anlass war der Wunsch der Verbünde, dem BMZ die Initiative für einen Rechtsanspruch auf einen geförderten Freiwilligendienstvertrag vorzustellen. Vertreter*innen von Interessen- und Qualitätsverbünden befassten sich mit ihrer Zusammenarbeit und übergreifenden Themen der Interessenvertretung.

Der *Qualitätsverbund weltwärts der AGDF* setzte seine Arbeit in der Begleitung der Träger fort (C 1.2.3.5). Das AGDF-Projekt für das Instrument „Landesansprechstellen Visa und Sicherheit (LAViS)“ (Laufzeit: 01.01.2024 bis 31.12.2026) wird (weiter) in Kooperation mit EIRENE und ICJA umgesetzt.

Schwerpunkte des ev. Forums entwicklungspolitischer Freiwilligendienst (eFeF) waren 2024 die schwierige Situation der Träger und damit verbunden die kappen Fördermittel, die Begleitung des PSA und der weltwärts-Arbeitsgruppen, Fragen der Antragstellung und Finanzabwicklung in Verbindung mit der Geschäftsstelle bei Brot für die Welt (Sammelantrag) und Öffentlichkeitsarbeit. Außerdem wurde eine Veränderung der Arbeitsweise diskutiert, aber noch nicht beschlossen.

³ Die in der o.g. Fußnote genannten sind zugleich auch ein QV, hinzu kommt der Ev. Qualitätsverbund EQEB

1.2.2 Förderprogramm Internationaler Jugendfreiwilligendienst

Die AGDF gestaltet von Anfang an das Förderprogramm Internationaler Jugendfreiwilligendienst (IJFD) des BMFSFJ mit, über das AGDF-Mitglieder und angeschlossene Träger Freiwillige entsenden. Bei der AGDF ist eine von vier Zentralen Stellen IJFD angesiedelt, für die Silvio Titzmann (vorrangig) zuständig ist.

Dem IJFD standen 2024 11,281 Mio. Euro zur Verfügung. Das sind weniger als die Mittel von 2023 in Höhe von 14,6 Mio. Euro; sie deckten jedoch alle beantragten Pauschalen der Träger. Die Mittel für das Freiwillige Ökologische Jahr und IJFD wurden durchgezeichnet, d.h. die Träger hatten somit schon vor der Haushaltsaufstellung 2025 Planungssicherheit für ihre Anzahl an Freiwilligenmonaten. Die Kürzung des Haushaltstitels Jugendfreiwilligendienste von 122 Mio. Euro (2024) auf 95 Mio. Euro wurde hauptsächlich zu Lasten des FSJ umgesetzt; die Aufwüchse, zugesprochen durch das parlamentarische Verfahren, kamen daher allein dem FSJ zugute.

Am 21. März fand in Hannover ein Fachtag zur aktuellen Situation in Israel mit Trägern aller Zentralen Stellen im IJFD statt, federführend organisiert von der Zentralen Stelle der AGDF in Kooperation mit der KeF-Servicestelle. Dort wurden Möglichkeiten besprochen, eine Finanzierung der Träger auch bei sich verzögernder Ausreise zu ermöglichen sowie Planungen für eine potentielle Gewinnung von Interessierten vereinbart. Letztlich wurden bei der Sonderförderung Israel nur die fünf Träger berücksichtigt, die ausschließlich nach Israel entsenden.

Für den Entsendejahrgang 2024/25 hatte das BMFSFJ zu Ende Mai formlos direkt bei den Trägern Mehr- bzw. Minderbedarfe abgefragt; für Träger und Zentrale Stellen entstand dadurch weniger Arbeit.

Zum Thema **kulturelles Respektgebot/Missionierung** kam es in zwei Fällen zu Nachfragen durch das BMFSFJ. Die Zentrale Stelle der AGDF hat beide Träger intensiv begleitet und konnte darauf hinwirken, dass nur vereinzelt die Einsatzstellen nicht bewilligt wurden, bei denen keine ausreichende Trennung der Aufgaben der Freiwilligen und z.T. missionierenden/aufsuchenden verkündigenden Tätigkeiten der Träger/Einsatzstellen bestand. Außerdem gab es hierzu Austauschrunden, z.B. zwischen den Trägern von AGDF und Evangelische Freiwilligendienste gGmbH, sowie ein Webinar des BAFzA, an dem zahlreiche Träger teilgenommen haben. Vom BAFzA erhielt die Zentrale Stelle eine Liste aller Träger, bei denen das BAFzA in der Vergangenheit Zweifel bei der Umsetzung der kulturellen Respektklausel hatte, und eine Übersicht aller Satzungen der Träger, die aus Sicht des BAFzA problematisch sind. Die Zentrale Stelle setzte sich für eine Klärung ein, welche Einsatzstellen potentiell nicht weiter im IJFD nutzbar sind, - was sich durch einen Kurswechsel des BAFzA 2025 erübrigte.

Eng begleitet durch die Zentrale Stelle konnten die beiden Träger der AGDF mit programmadministrativen Herausforderungen (Unterlagen zu spät oder nicht vollständig eingereicht) ihre Probleme bewältigen. Beide sind weiterhin für die Finanzierung im IJFD zugelassen.

Das BMFSFJ möchte sich 2025 bei der neuen Bundesregierung für eine Anpassung der Förderhöhe auf 650/700 Euro einsetzen. Mit dem BAFzA wurde die stückchenweise Umsetzung des Förderportals besprochen und wurden Rückmeldungen der Träger zu den Webinaren (Themen Zwischennachweis und Antragstellung) vermittelt.

1.2.3 Weitere Förderprogramme – Schwerpunkt Incoming

Eine Arbeitsgruppe (AKLHÜ, Evangelische Freiwilligendienste gGmbH und AGDF) der Fachgruppe Incoming gab eine schriftliche Rückmeldung an die für die Überarbeitung des **Visumhandbuchs** zuständige Referentin im Auswärtigen Amt (AA). Enthalten sind mehrere Ideen für eine Verbesserung des Visumverfahrens im Sinne der Träger. Hauptproblem waren 2024 weniger die Vorgaben aus dem Visumhandbuch, sondern dass es keine verlässlichen Termine in Botschaften für Incoming-Freiwillige gibt. In einigen Ländern, v.a. in Afrika, braucht es eine Vorlaufzeit von einem Jahr, in vielen Ländern erscheint das Online-Terminsystem der Botschaften korrumpiert.

Im August fand ein Präsenztermin im AA mit der für die Anpassungen im Visumhandbuch zuständigen Referentin in der Rechtsabteilung und ihrer Nachfolgerin statt. Der Termin wurde von Christina Schulte (VIA e.V.) und Silvio Titzmann wahrgenommen. Im November und Dezember fanden Videokonferenzen mit der neuen Ansprechperson in der Rechtsabteilung des AA statt. Die Fachgruppe Incoming stellte sich vor. Im Anschluss konnten konkrete Einzelfälle gut geklärt werden.

1.2.4 Übergreifende Lobbyarbeit und Vernetzung

Die AGDF ist Gründungsmitglied des *Gesprächskreises Internationaler Freiwilligendienst* (GIF), in dem Verbände und große Organisationen sich Programm-übergreifend für bessere Rahmenbedingungen einsetzen und Kontakte in die Politik in Deutschland

pflügen. Verbunden mit dem GIF, dem Bundesarbeitskreis FSJ und BFD Zentralstellen ist eine Fachgruppe Incoming. Silvio Titzmann und Jan Gildemeister vertreten die AGDF im GIF, Erstgenannter ist von Seiten der AGDF generell für übergreifende Lobbyarbeit in Berlin zuständig.

Weiter arbeitet Silvio Titzmann für die AGDF in der AG Freiwilligendienste des *Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement* (7.2) mit. Dort finden sich vorrangig Vertreter*innen der Inlandsdienste sowie von staatlichen Stellen auf Bundes- und Landesebene.

Lobbyschwerpunkt des GIF war 2024 zum einen der Einsatz für mehr, zumindest gleichbleibende Mittel im Bundeshaushalt. Es gelang zusammen mit den Inlandsdiensten, dass im Regierungsentwurf für 2025 keine Kürzung bei den Mitteln für Freiwilligendienstprogramme vorgesehen waren.

Zum zweiten ging es darum, mit Blick auf die neue Legislaturperiode des Bundestages einen „**Rechtsanspruch auf einen geförderten Freiwilligendienst(vertrag)**“ zu erreichen, der den Trägern durch eine abgesicherte öffentliche Förderung Planungssicherheit verschaffen soll. Die entsprechende Lobbyarbeit erfolgte vor allem durch Gespräche mit Bundestagsabgeordneten von SPD, GRÜNEN, CDU/CSU und FDP, aber auch durch Gespräche mit zivilgesellschaftlichen Organisationen. Silvio Titzmann und auch Jan Gildemeister waren an einigen beteiligt. Auch hierzu gab es eine enge Abstimmung mit dem Bundesarbeitskreis FSJ. Politisch für die AGDF heikel waren dabei die Gespräche, in denen die Bundestagsabgeordneten insbesondere an der Frage interessiert waren, wie der Personalbedarf der Bundeswehr gedeckt werden kann. Inhaltliches Ziel war, einen Rechtsanspruch (u.a.) in Wahlprogrammen von Parteien zu platzieren.

Am 9. Oktober fand das erste **Herbstfest der internationalen Freiwilligendienste** statt mit ehemaligen und aktuellen Freiwilligen der verschiedenen Programme, Vertreter*innen der Träger und Dachverbände sowie Politiker*innen. Auch wenn letztlich nicht alle Bundestagsabgeordneten kamen, die ursprünglich zugesagt hatten, war es mit einer Mischung von Lobbykontakten und Austauschmöglichkeiten ein Erfolg.

Der GIF befasste sich zudem mit einem Positionspapier mit Blick auf die – vorgezogene – Bundestagswahl und mit dem Bedarf sowie den vorhandenen und zukünftigen Ressourcen für die gemeinsame Interessenvertretung.

Eine Arbeitsgruppe mit Vertretern von EAK (Wolfgang Burggraf, Gregor Rehm, Rainer Hub) und AGDF (Silvio Titzmann, Jan Gildemeister) befasste sich übergreifend mit dem **Thema Pflichtdienst/Freiwilligendienst, Wehrdienst, KDV**. Ein von ihr erarbeitetes Papier wurde von Aktiven der EAK weitergeschrieben und in deren Jahrestagung im September eingebracht. Aussagen wurden zudem in den Entwurf für die Resolution der AGDF-Mitgliederversammlung aufgenommen. Im Anschluss führte eine Arbeitsgruppe mit Vertreter*innen von AGDF und EAK (Vorstände, AGDF-seitig Megan Rosenwink und Jochen Cornelius-Bundschuh, Geschäftsführer) die Arbeit fort. Für die EKD-Synodentagung in Würzburg erstellte sie ein Thesenpapier. Ein von ihr erarbeitetes Positionspapier wurde bei der gemeinsamen Sitzung der beiden Vorstände am 3. Dezember verabschiedet.

Im Juni tagte die AG Freiwilligendienste des BBE in Berlin. Den zuständigen engagementpolitischen Sprecher*innen von SPD, Grünen und CDU/CSU wurde das Konzept „Freiwilligendienste 2030. Vision für eine Kultur selbstverständlicher Freiwilligkeit“ vorgestellt und im Anschluss mit allen Anwesenden diskutiert.

Im Rahmen der Lobbyarbeit unterhielt Silvio Titzmann enge Kontakte mit Bundestagsabgeordneten und ihren Büros.

1.3 Programme und Lobbyarbeit auf EU-Ebene

1.3.1 Europäischer Solidaritäts-Korps

Im Rahmen des Europäischen Solidaritäts-Korps (ESK, Programmgeneration 2022-2027) der EU entsenden AGDF-Mitglieder Freiwillige bzw. nehmen sie auf. Die Durchführung des ESK liegt wesentlich bei Nationalagenturen, die Rolle der Träger ist schwierig, die Förderung aber relativ attraktiv.

Die **Mid Term-Evaluierung** im ESK endete 2024, sie bot NEVSO und den angeschlossenen Trägern die Möglichkeit, auf Verbesserungen im Programm auf EU-Ebene hinzuwirken (B 1.3.2). Zudem begann die EU-Kommission im Herbst, sich mit der Ausgestaltung der neuen Programmgeneration ab 2028 auseinanderzusetzen.

1.3.2 Lobbyarbeit und Vernetzung

Sara Mieth koordinierte bis August das *Network European Voluntary Service Organisations* (NEVSO). Sie war bei ASF Belgien angestellt und wurde in ihrer Lobby- (Kommission, Europaparlament) und Vernetzungsarbeit in Brüssel von Jan Gildemeister (AGDF) begleitet.

Sara Mieth arbeitete in Brüssel u.a. mit Vertreter*innen der Europäischen Kommission, von deutschen (z.B. EKD, Arbeitsgemeinschaft der Ev. Jugend in Deutschland (aej), Johanniter, European Volunteer Center etc.) und belgischen Organisationen, Mitgliedern des Europäischen Parlaments, insbesondere des zuständigen CULT-Ausschusses, bzw. ihren Büros sowie mit Mitarbeiter*innen der Ständigen Vertretung Deutschlands bei der EU zusammen. Weiter beteiligte sie sich an einer deutschsprachigen informellen Mittagsrunde zum Thema Jugend mit Vertreter*innen verschiedener Ständiger Landesvertretungen und der Ständigen Vertretung Deutschlands, Jugend für Europa, Wohlfahrtsverbänden, der aej etc. sowie Assistent*innen verschiedener deutscher Abgeordneter des Europäischen Parlaments.

Die Nachfolgerin von Sara Mieth ist schnell wieder ausgeschieden, deren Nachfolgerin als Landesbeauftragte von ASF hatte nicht die zeitlichen Ressourcen, um die Aufgabe der Koordination für NEVSO zu übernehmen. Bis Ende 2024 konnte die Koordinationsstelle für NEVSO daher nicht wiederbesetzt werden.

Auf Initiative der AGDF begann im Herbst 2022 ein Austausch von Vertreter*innen deutscher Organisationen in NEVSO – darunter auch der AGDF und ihrer Mitgliedsorganisationen – und Sara Mieth mit Vertreter*innen des „IJAB – Fachstelle für Internationale Jugendarbeit in der BRD“ und der deutschen Nationalagentur, der 2024 abgeschlossen wurde. Im Januar fand ein letzter Austausch der Träger mit Vertreterinnen der deutschen Nationalagentur statt, bei dem es um die Seminararbeit ging. Die Nationalagentur hat angeboten, mit Blick auf die nächste Programmlaufzeit im Gespräch einen Kompromiss zwischen den unterschiedlichen Positionen zu suchen. Von Seiten der Träger soll als Grundlage hierfür ein Vorschlag erarbeitet werden.

1.4 Evangelische Strukturen

1.4.1 Konferenz evangelischer Freiwilligendienste

In der von der AGDF mitgegründeten *Konferenz ev. Freiwilligendienste (KeF)* arbeiten u.a. mit die Ev. Freiwilligendienste gGmbH, Ev. Mission Weltweit, Diakonie Deutschland und EKD, auch die EAK hat einen Sitz. Der Vorsitz liegt bei der*dem EKD-Freiwilligendienst-Beauftragten (seit längerem nicht besetzt), in Vertretung beim EKD-Kirchenamt. Im Arbeitsausschuss vertritt Jan Gildemeister die AGDF.

Der Studientag am 16. April 2024 in Hofgeismar thematisierte grundsätzlichere Fragen zu Freiwilligkeit und Pflicht. Bei der anschließenden Vollversammlung knüpfte hieran ein Input zum Rechtsanspruch auf einen geförderten Freiwilligendienst an, weiter ging es u.a. um den Umgang mit sexualisierter Gewalt, die Situation der Träger und die übergreifende Öffentlichkeitsarbeit.

Der Arbeitsausschuss beschloss einen **Vorschlag mit Veränderungen der Zusammensetzung und zur Arbeitsweise der KeF**, der danach in den Verbänden Ev. Freiwilligendienste gGmbH, Ev. Mission weltweit und AGDF diskutiert wurde. Für die AGDF hat sich der Fachbereich III zusammen mit den freikirchlichen Vertreter*innen der AGDF in der KeF mit dem Vorschlag auseinandergesetzt. Dabei ging es auch um die Erwartungen an die KeF und die Anbindung der Vertreter*innen an die AGDF. Ein weiteres Thema des Arbeitsausschusses war die Projektförderung aus der letzten EKD-Kollekte. Hierzu gab es am 25. Oktober ein Gespräch zwischen Kirchenamt und Dachverbänden zu den Förderbedingungen für Projekte aus Kollektenmitteln, an dem von Seiten der AGDF Barbara Kraemer, KeF-Servicestelle, und Jan Gildemeister teilnahmen.

Das Projekt im Rahmen der KeF, gefördert aus Kollektenmitteln der EKD – „Dachverbandsübergreifende Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen der Konferenz evangelischer Freiwilligendienste (KeF) - Social Media, Online-Marketing und Fortbildungen 2020-2024“ – wurde fortgesetzt. Weitere Ausführungen finden sich unter C 2.3.

1.4.2 Servicestelle für internationale Freiwilligendienste der Konferenz evangelischer Freiwilligendienste

Die KeF-Servicestelle für internationale Freiwilligendienste hat die Aufgabe, Träger förderprogrammabhängig in ihrer Arbeit in der Entsendung und im Incoming zu beraten und zu begleiten. Sie informiert rund um internationale Freiwilligendienste, organisiert Fortbildungen und Austauschrunden und arbeitet eng mit dem Qualitätsverbund weltweit der AGDF und der Zentralen Stelle der AGDF im IJFD zusammen. In Bonn ist sie beim Verein für Friedensarbeit mit zwei Mitarbeiterinnen, Barbara Kraemer und Britt Schülke, angegliedert; eine Kollegin arbeitet - dort angestellt - angedockt an die Ev. Freiwilligendienste gGmbH in Hannover.

Die KeF-Servicestelle begleitete und unterstützte auch in 2024 die Träger in ihrem Arbeitsalltag, mit Informationen zur Durchführung von Incoming und Outgoing, in administrativen wie auch krisenbedingten Fragen.

Weitere Informationen zur Arbeit im Einzelnen finden sich im eigenen Bericht der KeF-Servicestelle.

1.4.3 Kooperation zwischen AGDF und Ev. Freiwilligendienste gGmbH

2024 beschlossen die Gremien der AGDF und der Evang. Freiwilligendienste gGmbH, ab 2025 im Bereich der internationalen Freiwilligendienste (v.a. Qualitätsverbund weltweit und Zentrale Stelle im IJFD) zu kooperieren. In einem intensiven Prozess auf Ebene der Geschäftsführungen, der jeweiligen Teamleitungen und letztlich aller involvierten Mitarbeiter*innen wurden hierfür die Voraussetzungen geschaffen: die Absprachen zu den Konditionen der Zusammenarbeit mündeten im Austausch mit der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Curacon im Entwurf für einen Gesellschaftsvertrag. Über die Aufgabenverteilung gab es nach einem intensiven Austausch zwischen den Referent*innen konsensuale Absprachen.

2. Internationale Jugendarbeit

2.1 Allgemeine Entwicklungen

Der Bundeshaushalt 2024 hatte für den Kinder- und Jugendplan des Bundes einen etwas höheren Ansatz (13,87 Milliarden Euro statt 13,57 Milliarden Euro in 2023), im nicht mehr beschlossenen Haushaltsplan für 2025 war keine Kürzung vorgesehen.

Nach wie vor wurden aufgrund des Krieges mit der Ukraine keine bzw. kaum Austauschmaßnahmen mit Russland durchgeführt. Auch auf staatlicher Seite gab es keine Zusammenarbeit zwischen deutschen und russischen Behörden. Das BMFSFJ zieht sich aus der Stiftung Deutsch-Russischer Jugendaustausch (DRJA) zurück und kündigt die Zusammenarbeit zu Ende 2025. Sollten Trägerorganisationen deutsch-russische Maßnahmen durchführen, können diese aber weiter über den KJP gefördert werden.

Die in Präsenz durchgeführten internationalen Workcamps haben noch nicht das Niveau der Jahre vor der COVID-19 Pandemie und dem Ukraine-Krieg erreicht. Es gestaltete sich schwierig, neue Teilnehmende zu gewinnen, i.d.R. konnten weniger Teilnehmende vermittelt werden als geplant. Maßnahmen wurden auch dadurch gefährdet oder gar abgesagt, dass angemeldete Freiwillige ihre Teilnahme nicht frühzeitig absagten oder einfach nicht erschienen.

Die Schließung von Büros von Partnerorganisationen, die Entlassung von Personal, das Herunterfahren der ehrenamtlichen Arbeit, Absagen von Camps durch Projektpartner wegen zu geringer Teilnehmendenzahlen, Teilnehmende mit psychischen Erkrankungen, Kostensteigerungen bei Unterkünften und Fahrtkosten wie auch Visaprobleme zeigen die Bandbreite der Schwierigkeiten, mit denen die Trägerorganisationen zu kämpfen haben.

Eine zusätzliche Herausforderung bleibt für die Träger, Personen für die Leitung von Workcamps zu finden. Dies haben in der Vergangenheit (auch) ehemalige Teilnehmende auf ehrenamtlicher Basis übernommen. Aufgrund des Ausfalls vieler geplanter Workcamps konnten kaum neue Leitende gewonnen werden. Zudem steigen die Anforderungen an die leitenden Personen, z.B. durch den Umgang mit psychischen Problemen von Teilnehmenden.

2.2 Förderprogramme

2.2.1 Kinder- und Jugendplan des Bundes

Die AGDF ist eine der Zentralstellen für Internationale Jugendarbeit des Kinder- und Jugendplans des Bundes (BMFSFJ) für ihre Mitglieder und den Service Civil International.

Die Trägerkonferenz der Internationalen Jugendgemeinschafts- und Jugendsozialdienste (B 2.3) hat ein trägerübergreifendes **Modellkonzept „Über den Tellerrand hinaus“** entwickelt, welches ein Angebot zur Stärkung der internationalen Kompetenz von Auszubildenden für Bundesbehörden ist. Hintergrund sind Überlegungen der Trägerkonferenz, wie angesichts geringerer Teilnehmendenzahlen neue Zugänge zu internationaler Jugendarbeit bzw. internationalen Workcamps geschaffen werden können, dabei wurden Auszubildende in den Fokus genommen. Dieses Modellkonzept wurde bislang vom BMFSFJ und vom BVA angefragt, um es als Chance für eine internationale Begegnung für ihre Auszubildenden anzubieten. Das Konzept beschreibt ein Modell und kann in Absprache einfach an die Besonderheiten und Strukturen anderer Behörden angepasst werden.

Im Austausch mit dem BMFSFJ und der aej wurde eruiert, inwieweit die AGDF als Zentralstelle im Bereich des KJP auch Fördermittel für nationale Maßnahmen erhalten könnte. Es wurde deutlich, dass die vorhandenen Mittel in dem Bereich bereits nicht den Bedarf der beteiligten KJP-Zentralstellen decken. Von daher wurde bisher auf eine Antragsstellung verzichtet.

2.2.2 Förderung bilateraler Austausch (Jugendwerke etc.)

Die AGDF arbeitet als Zentralstelle mit dem Deutsch Polnischen Jugendwerk (DPJW) und dem Koordinierungszentrum Deutsch-Israelischer Jugendaustausch (ConAct) zusammen, mit den anderen Jugendwerken und bilateralen Austauschorganisationen aktuell nicht.

2.3 Übergreifende Lobbyarbeit und Vernetzung

Die AGDF ist Mitglied bei *IJAB – Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der BRD*, die Jugendorganisationen, Politik, Verwaltung und auch junge Menschen informiert und berät und Fachkräfte qualifiziert⁴, und bei *CCIVS (Coordinating Committee for International Voluntary Service)*⁵. Sie arbeitet als eine von 6 Zentralstellen in der Trägerkonferenz der Internationalen Jugendgemeinschafts- und Jugendsozialdienste (Internationale Workcamps) mit⁶. Die Vertretung liegt jeweils bei Monika Volte.

3. (Evangelische und ökumenische) Friedensarbeit

Ziel der christlichen Friedens- und Bildungsarbeit ist es, den Friedensgedanken zu verbreiten, konkrete Schritte in Richtung Frieden zu gehen sowie die Friedens- und Bildungsarbeit auszubauen und konzeptionell weiter zu entwickeln. Kernbereiche der AGDF und ihrer Mitglieder sind die Evangelische/Ökumenische Friedensarbeit, zivile, gewaltfreie Konfliktbearbeitung und die Qualifizierung hierfür, Friedenspolitik, friedenspolitische Bildungs- sowie Menschenrechtsarbeit.

3.1 Allgemeine Entwicklungen

Der konziliare Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung stellt unverändert einen wesentlichen Rahmen der Arbeit. Eine Konkretion war der 2013 begonnene ökumenische Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens, der in die Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen 2022 in Karlsruhe mündete. Die Vollversammlung stimmte einem Pilgerweg der Gerechtigkeit, der Versöhnung und der Einheit als einem übergeordneten Konzept und Leitbild zu, das die Programmarbeit des ÖRK bis zur nächsten Vollversammlung leiten solle.

Auf allen Ebenen der Evangelischen Kirche und der Ökumene gab es auch 2024 rege Diskussionen zum Ukraine-Krieg sowie zur kriegserischen Auseinandersetzung im Nahen Osten und zu möglichen friedensethischen Konsequenzen. Die kirchlichen Äußerungen zu den kriegserischen Auseinandersetzungen im Nahen Osten unterschieden sich inhaltlich kaum von den staatlichen. Bezogen auf den Ukraine-Krieg gab es – abgesehen vom EKD-Friedensbeauftragten Landesbischof Kramer – eine große Zurückhaltung an öffentlichen Statements, keine Kritik an Waffenlieferungen und nur allgemein die Erwartung an baldige Friedensverhandlungen. Auf EKD-Ebene, aber auch in Gliedkirchen, wurden Prozesse zu den Konsequenzen aktueller sicherheitspolitischer Entwicklungen, insbesondere bzw. auch des Ukraine-Krieges, fortgeführt.

3.2 Neues aus evangelischen Strukturen

3.2.1 EKD

Der Rat der EKD hat eine Friedenswerkstatt unter Leitung des Friedensbeauftragten beschlossen, die im Januar 2023 ihre Arbeit aufnahm. Beteiligt sind Vertreter*innen von Akademien, Militärseelsorge, FEST, des Arbeitsausschusses der KfF, des Vereins für Friedensarbeit (Christine Busch, Ende 2024 abgelöst von Jochen Cornelius-Bundschuh) und Mitglieder vom Kammer-Netzwerks.

Die Friedenswerkstatt führte 2023/2024 in Kooperation mit ev. Akademien einen friedensethischen Konsultationsprozess mit vier Anhörungen von Expert*innen durch, zeitlich versetzt begann eine Redaktionsgruppe (aus dem Kammer-Netzwerk des Rates der EKD) mit der Textarbeit, die von einem Kreis von Expert*innen unterstützt wurde. Jedes Mitglied der Friedenswerkstatt konnte zwei Expert*innen für den Konsultationsprozess benennen.

Christine Busch, Rainer Gertzen, Elvin Hülser und Jan Gildemeister führten am 16. Mai in Hannover ein intensives Gespräch mit Dr. Stephan Schaeede, Vizepräsident und Leiter der Hauptabteilung II kirchliche Handlungsfelder, Bildung

⁴ Die AGDF als bundesweiter Träger, der in der internationalen Jugendarbeit tätig ist, vertritt beim IJAB neben drei weiteren Trägern die Zentralstellen der Jugendgemeinschafts- und Jugendsozialdienste mit insgesamt zwei Stimmrechten.

⁵ Die AGDF nimmt an den Generalversammlungen derzeit aus Kapazitätsgründen nicht teil, sondern verfolgt nur die Informationen von CCIVS.

⁶ Die Trägerkonferenz vertritt die Interessen der Workcamp-Organisationen gegenüber dem BMFSFJ. Sie erhält Zuwendungen aus dem Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP) und die Zentralstellen sind dem BMFSFJ gegenüber für die ordnungsgemäße Beantragung und Abrechnung von Fördermitteln verantwortlich. Monika Volte arbeitet als Vertreterin der Trägerkonferenz in der Unterarbeitsgruppe International zur Handlungsfeldspezifischen Arbeitsgruppe Kinder- und Jugendarbeit des KJP mit. In der Arbeitsgruppe werden zum einen Ergebnisse und Erfahrungen aus der Umsetzung der KJP-geförderten Maßnahmen aufgegriffen und zum anderen Fragen zur Entwicklung und Gestaltung des KJP erörtert.

und öffentliche Verantwortung sowie des Amtsbereichs der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD).

Bernd Rieche ist berufenes Mitglied der Projektgruppe „Anti-Diskriminierung, Gewaltprävention und Diversitätsorientierung stärken“, die 2024 erste konkrete Aktivitäten in den Blick genommen hat.

3.2.2 Gliedkirchen

Im Folgenden werden nur Entwicklungen erwähnt, in die AGDF-Vorstandsmitglieder oder der Geschäftsführer involviert sind.

Christine Busch und Jan Gildemeister führten am 11. Juni in München ein Gespräch mit dem Landesbischof der Ev.-Luth. Kirche in Bayern, Christian Kopp, an dem auch der Ökumenereferent OKR Hans-Martin Gloel teilnahm.

3.2.3 Deutscher Evangelischer Kirchentag u.a.

Die Planungen für eine Beteiligung am 39. Deutsche Evangelische Kirchentag vom 30. April bis 4. Mai 2025 unter dem Motto „mutig – stark – beherzt“ in Hannover begannen 2024. Die Geschäftsstelle ist beteiligt durch zwei größere Kooperationsstände auf dem Markt der Möglichkeiten (Ev. Friedensarbeit, Ev. Freiwilligendienste) und einen Gottesdienst mit dem EKD-Friedensbeauftragten und der Ratsvorsitzenden. Außerdem begann 2024 die Planung für ein Ökumenisches Friedenszentrum anlässlich des Kirchentages, das von der AGDF unterstützt wurde.

3.3 Aus ökumenischen und interreligiösen Netzwerken

3.3.1 Ökumenische FriedensDekade

Die Gestaltung der jährlichen Friedensdekade ist Aufgabe des *Gesprächsforums Ökumenische FriedensDekade*, dessen Geschäftsführung bei der ACK und für die Trägergruppe „Ökumenische Dekade in Gerechtigkeit“ bei der AGDF (Jan Gildemeister) liegt. Die finanzielle Abwicklung und die rechtliche Trägerschaft der Arbeit erfolgen über den *Ökumenische FriedensDekade e.V.*, dessen Vorsitzender Jan Gildemeister ist.

Die 45. Ökumenische FriedensDekade vom 10.-20. November 2024 stand unter dem Motto „Erzähl mir vom Frieden“. Die entsprechenden Materialien wurden stark nachgefragt und es gab einen positiven Umsatz und Finanzabschluss. Aktion Sühnezeichen Friedensdienste schied aus zeitlichen Ressourcengründen als Träger der Ökumenischen FriedensDekade aus. In einem Auswahlverfahren wurde ein neuer Vertragspartner für Marketing und Öffentlichkeitsarbeit ausgesucht.

3.3.2 Ökumenische Netzwerke und Initiativen

Jan Gildemeister arbeitet für die AGDF im Arbeitskreis „Frieden“ der ökumenischen Gruppen und Netze im Rheinland mit.

Der Arbeitskreis „Frieden“ der ökumenischen Gruppen und Netze im Rheinland befasste sich auch 2024 mit relevanten Entwicklungen in der Ev. Kirche im Rheinland (EKiR). Mitglieder des Arbeitskreises, darunter Jan Gildemeister, haben am 22. Mai in Düsseldorf ein Gespräch im Landeskirchenamt zur zukünftigen Struktur der Friedensarbeit in der EKiR nach Auflösung der sog. Arbeitsgruppe Frieden der EKiR geführt. Die zuständige Abteilungsleiterin machte deutlich, dass sie keine Initiative für eine neue Struktur, die eine dauerhafte übergreifende Zusammenarbeit sicherstellt, ergreifen wird.

3.3.3 Ökumenischer Rat der Kirchen

3.3.4 Christlich-Muslimische Friedensinitiative in Deutschland

Die AGDF arbeitete zusammen mit Pax Christi, DITIB, Islamische Gemeinschaft Milli Görüs, Verband Islamischer Kulturzentren, Zentralrat der Muslime in Deutschland und dem Deutsch-Mennonitischen Friedenskomitee (DMFK) in der *Christlich-Muslimischen Friedensinitiative in Deutschland* (CMFD) mit; vertreten wurde sie von Eva Willkomm.

Die AGDF ist 2024 aus der CMFD ausgeschieden, dafür wurde der Internationale Versöhnungsbund – Deutscher Zweig als AGDF-Mitglied neuer Träger der CMFD.

4. Friedensbildung

In einem umfassenden Sinne ist fast alle Arbeit von AGDF-Mitgliedern und in Teilen auch des Dachverbandes Friedensbildung. Sie will über Möglichkeiten des Friedensschaffens informieren, zum Mittun einladen und befähigen sowie über Gefahren für den Frieden aufklären. Bildung ist in allen Arbeitsbereichen eine Methode und Möglichkeit des Arbeitens, ob als Methode der zivilen Konfliktbearbeitung, als Teil von Kampagnenarbeit oder als ein Ziel der Friedensdienste ("Lerndienst").

Die Friedensbildungsarbeit der AGDF-Mitglieder und auch anderer zivilgesellschaftlicher Träger wird meist über prekäre, befristete Projekte finanziert. Die wenigen längerfristigen Projekte sind meist kommunal oder auf Landesebene finanziert. In Deutschland gibt es nur wenige institutionell verankerte, staatlich finanzierte Stellen der Friedensbildung. Es gibt praktisch keinerlei Verankerung im universitären Bereich.

4.1 Allgemeine Entwicklungen

Die Kriege in der Ukraine und in Nahost führten zu einer deutlich größeren Betroffenheit und einer anhaltenden Nachfrage nach Friedensbildung, insbesondere aus Schulen. Da die Schulen diese nicht selbst finanzieren (können) und die wenigen Projekte dafür nicht ausreichen, können diese Anfragen nicht immer erfüllt werden. Zugleich löst der Begriff „Frieden“ aufgrund der Zerstrittenheit der Friedensbewegung und der Vereinnahmung verschiedenster Akteure, auch aus dem rechten Spektrum, zunehmend negative Assoziationen aus.

4.2 Bundesnetzwerk, Landesnetzwerke und andere Akteure

Die AGDF ist Gründungsmitglied des *Bundesnetzwerk Friedensbildung*, vertreten durch Bernd Rieche.

Die dort ehren- oder hauptamtlich Engagierten können kaum zeitliche Ressourcen einbringen, was die Arbeit begrenzt und in letzter Zeit auf gelegentlichen Mailaustausch reduziert. Neu gebildet hat sich eine AG Friedensbildung in der Konferenz evangelische Friedensarbeit, in der sich kirchliche Akteure wie die Evang. Hochschule in Freiburg, das Comenius-Institut und zahlreiche landeskirchliche Arbeitsstellen zum Erfahrungsaustausch treffen.

Strukturelle Herausforderung der Friedensbildung ist, dass Bildung Ländersache ist. Entsprechend müssen Kontakte zu schulischen und außerschulischen Strukturen regional aufgebaut werden. Hier sind Mitgliedsorganisationen der AGDF in verschiedenen regionalen Netzwerken aktiv.

Ein weiteres Anliegen der AGDF ist es, die Zivile Konfliktbearbeitung als Thema in die Friedensbildung einzubringen mit dem Ziel, dass Erfahrungen aus den Friedensfachdiensten in die Bildungsarbeit einfließen. Dafür werden punktuell Fachkräfte des ZFD vermittelt, meist in Kooperation mit der Öffentlichkeitsarbeit des Konsortium ZFD.

Qualifizierung in ziviler, gewaltfreier Konfliktbearbeitung

Spezifischer Teil von Friedensbildung innerhalb der AGDF ist das breite Angebot zur Qualifizierung von Fachkräften und Multiplikator*innen in Ziviler Konfliktbearbeitung. Im "QVB gewaltfreie Wege im Konflikt", dem Qualifizierungsverbund für zivile, gewaltfreie Konfliktbearbeitung (QVB), arbeiten im Friedensbildungsbereich aktive Mitglieder der AGDF zusammen. Die Koordination, Abstimmung, Außendarstellung und Weiterentwicklung von Bildungs- und Qualifizierungsangeboten erfolgt im QVB. Er dient u.a. dazu, die Angebotsstruktur aufeinander abzustimmen, die Qualität der Angebote zu sichern bzw. weiterzuentwickeln und die Öffentlichkeitsarbeit auszubauen. Er betreibt die Homepage www.konflikt-qualifizierung.de.

Die Standards für Grund- und Aufbaukurse sind verbindliche Selbstverpflichtung für die Organisationen. Drei Grundkurse in ziviler, gewaltfreier Konfliktbearbeitung und drei Aufbaukurse (Trainer*innenausbildung und Fortbildung gewaltfreies Handeln) werden von den Mitgliedsorganisationen laufend angeboten. Sie unterscheiden, aber ergänzen sich auch durch ihren fachlichen und/oder regionalen Fokus. Dazu kommen zahlreiche kürzere Fach- und Informationsseminare, zum Teil integriert in kirchliche Aus- und Fortbildungen.

Der QVB traf sich mehrmals virtuell und zu Beginn des Jahres in Halle/Saale. Er führte mehrere Online-Infoabende zu den Kursangeboten durch.

Aus dem Fonds für Asylbewerber*innen des QVB konnten wieder einige Teilnahmen geflüchteter Menschen an Kursen gefördert werden. Diese Teilnahmen bereichern die Kurse in vieler Hinsicht; so werden interkulturelle Aspekte unmittelbar erlebbar, aber auch Erfahrungen gesellschaftlicher Konflikte in einer ganz anderen Breite eingebracht.

5. Friedenspolitik

Ziel der Friedenspolitischen und Menschenrechtsarbeit ist die Einwirkung auf politische Diskurse und Entscheidungen im Verbund mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren. Im Fachbereich I werden die verschiedenen lokalen und regionalen Aktivitäten innerhalb der AGDF koordiniert und vernetzt.

5.1 Allgemeine Entwicklungen

Aus deutscher und europäischer Sicht wurde die sicherheits- und friedenspolitische Diskussion von zwei Kriegen dominiert:

Der Krieg in der Ukraine dauerte nach dem völkerrechtlichen Angriff Russlands auch 2024 unvermindert an, die ukrainische Armee geriet unter erheblichem Druck, ihr fehlt es an Munition, Waffen und Soldaten und sie musste trotz eines Entlastungsangriffs auf russischem Boden Gelände und Ortschaften an die russische Armee abgeben. Diese nahm bei ihren Angriffen immense Verluste in Kauf. Die Schweiz hatte zu einer Konferenz über Friedensverhandlungen

Mitte Juni eingeladen, allerdings waren Russland und auch China nicht vertreten. Insgesamt entstand – bis D. Trump im Januar 2025 die US-Präsident übernahm – der Eindruck, dass es nirgendwo ernsthafte Bemühungen um einen Waffenstillstand und Friedensgespräche gab. Der Vorstand hat anlässlich des zweiten Jahrestages des russischen Angriffs am 24. Februar 2024 eine **Erklärung** zur aktuellen Situation und Problematik veröffentlicht, **ergänzend zum Aktionsaufruf des Bündnisses „Stoppt das Töten in der Ukraine“**.

Der russische-Krieg gegen die Ukraine befeuerte in Deutschland und auf EU-Ebene die Bemühungen um eine Aufrüstung: zum einen um die Ukraine weiter mit Waffen und Munition beliefern zu können, zum zweiten um – wie der Bundesverteidigungsminister es darstellte – bis 2029 kriegstüchtig zu sein und einen russischen Angriff auf die NATO abwehren zu können. Das bereits beschlossene Sondervermögen reichte nicht aus, im Bundeshaushalt müssten entsprechende Prioritäten gesetzt werden. Weiter gab es konkrete Planungen für eine modifizierte Wehrpflicht, nach der alle Männer verpflichtet werden sollen, einen Fragebogen der Bundeswehr, den alle deutschen Staatsbürger*innen nach ihrer Volljährigkeit zugeschickt bekommen sollen, auszufüllen. Ziel ist eine Vollerfassung aller jungen Menschen, eine etwaige Musterung und Einberufung sollte auf freiwilliger Basis erfolgen. Der sog. Operationsplan Deutschland beinhaltet Maßnahmen zur Vorbereitung auf den Spannungs- und Kriegsfall auch ziviler Infrastruktur und Institutionen. Die Seelsorge in der Bundeswehr griff dies auf und bewirkte einen Beschluss der EKD-Kirchenkonferenz (der Leitenden Geistlichen der Gliedkirchen) für einen „geistlichen Operationsplan“, wie der ev. Militärbischof das zu erarbeitende Gesamtkonzept für einen Verteidigungs- und Spannungsfall nannte. Auf EU-Ebene zielten die Bemühungen der Kommission darauf, Rüstungsforschung und -produktion zu intensivieren und abzustimmen.

Kritik an den Planungen für eine Aufrüstung und „Kriegsertüchtigung“ gab es in Deutschland vor allem von der AfD, die unkritisch eine Annäherung an Russland forderte, der Linkspartei und dem Bündnis Sahra Wagenknecht, das Anfang 2025 als Partei gegründet wurde. Die **friedenspolitische Szene** (im Selbstbild „Friedensbewegung“) ist **weiterhin schlecht aufgestellt**, darüber konnten auch die Ostermärsche an ca. 120 Orten nicht hinwegtäuschen. Interne Differenzen betreffen u.a. die Haltung zu Waffenlieferungen an die Ukraine, zum Nahostkonflikt und zu Russland, eine teilweise Nähe zur Querdenker*innen-Szene etc.

Dies zeigte sich an der Bewertung der Demonstration am 3. Oktober in Berlin, an der vermutlich ungefähr 15.000 Menschen teilnahmen. Während Sahra Wagenknecht und Peter Gauweiler (CSU) als Redner*innen viel Beifall bekamen, wurde der SPD-Bundestagsabgeordnete Ralf Stegner bereits ausgepiffen, als er Russlands Angriff auf die Ukraine erwähnte. Der bei der Abschlusskundgebung vorgestellte sog. Berliner Appell fokussiert auf den Protest gegen die geplante Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland; die vorhandenen Kurz- und Mittelstreckenwaffen Russlands werden hingegen nicht erwähnt. Angesichts des Frustes friedensbewegter Kreise über die Politik der Bundesregierung waren die Reaktionen auf die (geplante) Demo unterschiedlich: Einige Friedensinitiativen mobilisierten für eine Teilnahme, manche hatten dafür einen eigenen Aufruftext verfasst, andere wie die AGDF lehnten eine Unterstützung der Demo aus inhaltlichen Gründen ab, auch um glaubwürdig zu bleiben – insbesondere fehlte im Aufruf zur Demo eine klare Solidarität mit der Ukraine und deren Interessen, die Hauptredner*innen waren teilweise umstrittene Vertreter*innen von Parteien (s.o.).

Die geschwächte, in Teilen unglaubwürdig agierende Friedensszene trug dazu bei, dass in der öffentlichen Diskussion die laufende Aufrüstung und der Ruf nach „Kriegstüchtigkeit“ zu wenig hinterfragt wurden. Von vielen zivilgesellschaftlichen Organisationen, die der Friedensbewegung wohlgesonnen gegenüberstehen, wurde signalisiert, dass eine Mobilisierung für Aktionen zu dem Ukraine-Krieg und der Aufrüstung nicht gelingen wird. Zugleich zeigt die Nachfrage nach Angeboten der Friedensbildung, dass es in der Bevölkerung einen Bedarf gibt, sich mit friedensethischen und -politischen Fragen auseinanderzusetzen. Auffällig war und ist die unterschiedliche Stimmungslage in den östlichen und den westlichen Bundesländern.

Israel führte nach dem Angriff der Hamas am 7. Oktober 2023 seine militärischen Operationen mit unverminderter Härte fort und nahm auch aufgrund unzureichender humanitärer Versorgungsmöglichkeiten im Gazastreifen immense Opfer in der Zivilgesellschaft in Kauf. Bemühungen um einen Waffenstillstand und eine Friedensperspektive scheiterten 2024. Über etliche Monate gab es eine kriegsähnliche Auseinandersetzung zwischen Israel und Hisbollah, durch die vor allem die Bevölkerung im Libanon litt, zudem gegenseitigen Raketenbeschuss von Iran und Israel. Es blieb unklar, was mittelfristiges Ziel der israelischen Regierung mit dem militärischen Vorgehen auch in der Westbank ist. Ein Teil der Regierung strebt offenbar eine Vertreibung von Palästinenser*innen aus einigen Gebieten an.

Ausgelöst durch einen Bericht über ein (geheimes) Treffen Rechtsextremer aus verschiedenen Zusammenhängen (AfD, Werteunion ...), bei dem es u.a. um eine „Remigration“ bzw. Vertreibung von Menschen aus Deutschland ging, gingen

in den ersten Monaten 2024 sehr viele Menschen bundesweit gegen Rechtsextremismus auf die Straße. Die Wahlen zum Europaparlament und die Kommunalwahlen in einigen Bundesländern Mitte Juni haben deutlich gemacht, dass in Deutschland – wie auch in anderen Ländern der EU – rechtspopulistische/rechtsextreme Parteien erhebliche Unterstützung erhalten. Daran haben auch viele Demonstrationen und andere Aktionen nichts geändert. Es fehlt offenbar u.a. an einem attraktiven politischen „Gegenentwurf“, der viele überzeugt und den die im Bundestag vertretenen Parteien nicht glaubwürdig repräsentieren (können).

5.2 Netzwerke und Kooperationen

5.2.1 Kooperation für den Frieden

Die AGDF ist Gründungsmitglied der *Kooperation für den Frieden* und wird im Kooperationsrat von Silvia Bopp vertreten. Die KoFrie ist ein bundesweites Netz mit mehr als 50 angeschlossenen Organisationen und Initiativen, auch AGDF-Mitgliedern. Deren Geschäftsstellenfunktion übernimmt das *Netzwerk Friedenskooperative* (e.V.), deren Mitglied die AGDF ebenfalls ist.

Die **Zerstrittenheit der Friedensszene** beeinträchtigte auch 2024 die Arbeit der Kooperation für den Frieden. So gelang es weder gemeinsam zum Ostermarsch, noch zu Aktionen zum 1. September aufzurufen. Eine Unterstützung des Aufrufs des Bündnisses „Stoppt das Töten in der Ukraine“ zu Friedensaktionen anlässlich des Jahrestages des Krieges wurde durch ein Veto verhindert. Und nicht zuletzt gab es viel Unmut über das Vorgehen der Organisator*innen bei der Demo am 3. Oktober in Berlin (Planung und Aufruf durch kleine, intransparente Gruppe, Bühne für Sahra Wagenknecht u.a. Politiker*innen ...), die in Teilen in der Kooperation mitarbeiten.

Der AGDF-Geschäftsführer und die (damalige) Geschäftsführerin vom Bund für Soziale Verteidigung (BSV), Christine Schweitzer, haben mit einem Schreiben an die Sprecher*innen der Kooperation für den Frieden einen Klärungsprozess ausgelöst. Sie hatten dazu aufgefordert, dass die Kooperation (1) eine **Unvereinbarkeitserklärung jeglicher Kooperation mit rechtsoffenen Gruppierungen** mit der Mitgliedschaft in der Kooperation für den Frieden und (2) klare, schriftlich fixierte Regeln für die Erarbeitung von und Beschlussfassung über eigene/n oder gemeinsame/n Aufrufe/n und Erklärungen sowie die Beschlussfassung über die Unterstützung von Aufrufen und Erklärung Anderer beschließt. Am 24. Mai fand das KoFrie-interne Online-Seminar „Strategien von Rechtsaußen - Relevanz für die Friedensbewegung“ statt, das der inhaltlichen Vertiefung diene.

Bei einem Treffen am 1./2. November in Münster ging es dann um die Zukunft der KoFrie, aber auch um Strategien „der Friedensbewegung“ mit Blick auf die Herausforderungen und konkret die anstehende Bundestagswahl. Es gab sehr unterschiedliche Positionen und Sichtweisen, das Problembewusstsein für die Notwendigkeit einer Abgrenzung gegen Rechts war sehr unterschiedlich. Positiv war der offene, Großteils wertschätzende Austausch – leider aktuell keine Selbstverständlichkeit in der Friedensszene. Es wurde deutlich, dass der Grundlagentext der KoFrie mit Blick auf den Umgang mit Rechtsextremen und Verschwörungsanhänger*innen ergänzt werden muss.

Die Mitgliederversammlung befasste sich am 23. November virtuell u.a. mit einer Bearbeitung eines „Grundkonsenses“. In der teilweise emotional geführten Sitzung gab es Widerstand dagegen, sich in dem Grundkonsens gegen Gruppen abzugrenzen, die Verschwörungsmythen verbreiten. Eine Arbeitsgruppe wurde beauftragt an dem Text weiterzuarbeiten. Zudem wurde beschlossen, die neue Kampagne gegen Mittelstreckenwaffen in Europa (B 5.2.3) in Verbindung mit dem sog. Berliner Appell zu unterstützen.

5.2.2 Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel

Die AGDF arbeitet von Anfang an in der „*Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!*“ und deren Trägerkreis mit und stellt mit Vincenzo Petracca auch einen der drei Sprecher*innen. „Aktion Aufschrei“ mit über 100 Mitgliedsorganisationen – auch Landeskirchen – bezeichnete sich ursprünglich als Kampagne, hat seine Arbeit aber verstetigt. Schwerpunkt ist neben der kritischen Auseinandersetzung mit Rüstungsfirmen wie Heckler & Koch, SIG Sauer und Rheinmetall sowie mit der Exportpolitik Deutschlands aktuell die Einflussnahme auf die Gestaltung des ursprünglich von der Bundesregierung geplanten Rüstungsexportkontrollgesetzes.

Aufgrund von Meinungsverschiedenheiten in der Regierungskoalition wurde die verabredete Initiative für ein Rüstungsexportkontrollgesetz nicht umgesetzt. Insofern konnte die Aktion Aufschrei trotz intensiver Lobbyarbeit eines ihrer zentralen Anliegen nicht erreichen. Der Trägerkreis befasste sich am 5. Dezember erstmals mit der Strategie für die Bundestagswahl, aber auch mit der Perspektive der Arbeit generell.

Aufgrund eines Vetos der AGDF hat Aktion Aufschrei nicht eine internationale Erklärung gegen Rüstungsexporte an Israel unterzeichnet, sondern eine eigene Stellungnahme veröffentlicht (B 5.2.3).

5.2.3 Weitere Vernetzungen, Unterstützung von Aufrufen und Aktionen

Vertreter*innen von DGB, Greenpeace, attac, Pax Christi, IPPNW, pro asyl und AGDF setzten ihren informellen, vertraulichen Austausch zu friedenspolitischen Themen fort, IG Metall und Verdi kamen hinzu.

Die AGDF arbeitet im Bündnis „Stoppt das Töten in der Ukraine“ mit anderen Friedensorganisationen zusammen, denen es wichtig ist, in Aufrufen die Rolle Russlands als Aggressor klar zu benennen und sich von extrem Rechten abzugrenzen. Sie hat den Aktionsaufruf für den zweiten Jahrestag des Ukraine-Krieges unterzeichnet, nachdem im Entwurf die Formulierung „Wir fordern:“ durch „Wir treten ein für:“ ersetzt wurde. Der Vorstand beschreibt in einer ergänzenden öffentlichen Erklärung zum 2. Jahrestag des russischen Angriffs die aktuelle, sehr problematische Situation. Das Bündnis veröffentlichte weiter eine Stellungnahme zur Friedenskonferenz zum Ukraine-Krieg in der Schweiz Mitte Juni.

Am 4. November wurde die Kampagne „Friedensfähig statt erstschlagfähig: für ein Europa ohne Mittelstreckenwaffen“ gegründet. Die Initiative dafür kam aus dem Aktionsbündnis atomwaffenfrei.jetzt, mit dabei sind auch AGDF-Mitglieder wie Ohne Rüstung Leben, Friedenswerkstatt Mutlangen und der Versöhnungsbund. Die Kampagne will informieren und Druck auf die Politik ausüben. Dabei geht es nicht nur um die geplante Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland, die Kampagne wendet sich gegen alle Mittelstreckenwaffen in Europa. Auf Beschluss ihres Vorstandes unterstützt die AGDF die Kampagne.

Die AGDF unterstützte 2024 (zudem)

- die Kampagne „Deutschlands Friedensfähigkeiten stärken“, deren Ziel es ist, dass sich möglichst viele Bundestagsabgeordnete für einen Ausbau von ziviler Krisenprävention und Friedensförderung einsetzen und das Anliegen generell mehr Aufmerksamkeit erhält,
- den Aufruf der Bonner Initiative für Respekt und Zusammenhalt „Menschenwürde ist unteilbar. Gegen Hass und Hetze - gegen Antisemitismus und Muslimfeindlichkeit“ zu Aktionen am 4. Februar,
- Wahlprüfsteine zu Europawahlen (zusammen mit Church and Peace, Brot für die Welt, pax christi u.a.).
- auf Initiative von pro asyl u.a. ein Gemeinsames Statement zur Externalisierung des Flüchtlingsschutzes „Solidarität statt Auslagerung - Für eine globale Verantwortungsteilung im Flüchtlingsschutz“, adressiert an die Bundesregierung, einen offenen Brief an die Bundesregierung „Menschen schützen statt Asylverfahren auslagern“ sowie die Petition „Rechtstaatlichkeit und Menschenrechte verteidigen“,
- die Kampagne „Gerade jetzt. Für alle.“, die sich für die Förderung von Demokratieprojekten u.ä. im Rahmen des Bundeshaushaltes 2025 einsetzt,
- einen offenen Brief von Verbänden aus der Jugendarbeit u.a. an den Bundeskanzler gegen geplante Kürzungen im Bundeshaushalt 2025 u.a. beim KJP,
- einen offenen Brief des bundesweiten Netzwerks gegen AfD und Rechtsextremismus „Zusammen gegen Rechts“ für Regelungen zur Gemeinnützigkeit,
- die Zeitungsanzeige „Atombombenopfer mahnen: Für ein Europa ohne Atomwaffen“,
- den von Erlassjahr.de initiierten Offenen Brief an Bundesfinanzminister Christian Lindner unter dem Titel „Keine Profite auf Kosten der Ärmsten!“ mit der Forderung, einen Entwurf für ein Safe Harbor-Gesetz vorzulegen. Damit sollen private Gläubiger wie Investmentbanken oder Vermögensverwalter verpflichtet werden, sich an Schuldenerleichterungen für Länder des Globalen Südens zu beteiligen.
- Initiativen für Kriegsdienstverweigerer von Connection e.V. u.a., einen Appell, die Strafverfolgung von Yurii Sheliashenko (Ukraine) zu beenden, eine Pressemitteilung, in der Litauen aufgefordert wird, belarussischen Kriegsdienstverweigerern Asyl zu gewähren und den Aufruf zu einer Demonstration zum Bundesamt für Migration und Flüchtlinge am 14. Dezember in Nürnberg „Kriegsdienstverweigerung ist Menschenrecht! Überall!“.
- Auf Initiative von „Aktion Aufschrei – Stopp den Waffenhandel!“ forderten 37 zivilgesellschaftliche Organisationen und Netzwerke Kanzler Scholz und weitere Vertreter*innen der Bundesregierung in einem Offenen Brief eindringlich dazu auf, **Rüstungsexporte nach Israel zu stoppen, die völkerrechtswidrig eingesetzt werden könnten**. Die Organisationen fordern außerdem einen sofortigen Waffenstillstand, die Freilassung der Geiseln und eine massive Ausweitung der humanitären Hilfe in Gaza.

Jan Gildemeister hat unterzeichnet

- den Aufruf zum Ostermarsch Rhein Ruhr 2024 „Ostern für den Frieden“.

6. Zivile Konfliktbearbeitung

Die AGDF verfolgt in dem Bereich der Zivilen Konfliktbearbeitung vier Zielrichtungen: (1) Stärkung der Projekte der Mitglieder, um modellhaft Möglichkeiten der ZKB aufzuzeigen und fachlich weiterzuentwickeln, (2) Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit, um das

Bewusstsein in der Öffentlichkeit, besonders auch in den Kirchen zu stärken, (3) Lobbyarbeit und Fachdiskurs zusammen mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren, um einen politischen Wandel zu befördern sowie (4) Verknüpfung der Arbeit im In- und Ausland, um ein gegenseitiges Lernen und Befruchten der Arbeitsfelder zu ermöglichen.

6.1 Allgemeine Entwicklungen

Krisen und gewalttätige (militärische) Auseinandersetzungen nehmen weltweit, aber auch in unserem Land zu bzw. sind präsenter; diese sind Folge von Konflikten oder verschärfen diese. Ansätze und Instrumente der Konfliktbearbeitung sind daher umso mehr gefordert und notwendig. Obwohl in einem heißen Krieg wie dem von Russland gegen die Ukraine oder in Gaza zivile Konfliktbearbeitung an ihre Grenzen kommt, ist sie doch relevant und wichtig für die Menschen vor Ort, wie die – wenn auch räumlich veränderte, aber doch kontinuierliche – Arbeit im Rahmen des Zivilen Friedensdienstes zeigt. Auch im Inland wird zunehmend verstanden, dass die Bearbeitung der gesellschaftlichen Konflikte Extremismusprävention und Demokratieförderung ist. Das geplante Demokratiefördergesetz wurde im Bundestag aufgehoben und wird durch die neue Bundesregierung nicht wiederaufgenommen. Erfolgreich war, dass im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ Konfliktbearbeitung in der Ausschreibung für die Förderphase 2025-32 als Themenschwerpunkt aufgenommen wurde. Sich hierfür weiter einzusetzen, ist Ziel der politischen Arbeit der AGDF in ihren Netzwerken.

6.2 Vernetzungen, Instrumente und Kooperationen

6.2.1 Plattform Zivile Konfliktbearbeitung

Die *Plattform Zivile Konfliktbearbeitung* ist das breiteste Bündnis unterschiedlicher Akteure in diesem Bereich in Deutschland mit dem Ziel, Advocacy Arbeit zu machen und die Fachcommunity zu stärken. Die AGDF arbeitet aktiv mit, um durch die Lobbyarbeit der Plattform die zivile Friedenspolitik sowie Zivile Konfliktbearbeitung im In- und Ausland zu stärken. Bernd Rieche ist Koordinator der AG ZKB Inland und beratendes Mitglied des Sprecher*innenrates.

Die Plattform ZKB führt ein Projekt zur Auseinandersetzung mit Antirassismus und Postkolonialismus fort, dieses soll die Auseinandersetzung innerhalb der Plattform und ihrer Mitglieder befördern sowie Impulse in die Politik setzen.

Inzwischen hat die Plattform geklärt, dass das bundesweite Netzwerk Konfliktbearbeitung (s.u.) nicht innerhalb der Plattform ZKB angesiedelt wird, da dafür Ressourcen und Tradition der Plattform nicht passen. Die Plattform wird in dem Netzwerk weiter mitarbeiten und dieses unterstützen, sie wünscht sich weiterhin die Verbindung zur Inlandsarbeit. Die AG ZKB hat ihre Arbeit beendet, neu gibt es eine AG „Austausch In- und Auslandsarbeit“. Ein erstes Treffen fand bisher nicht statt, da sich alle Aktiven auf den Antragsprozess für den Kooperationsverbund Demokratische Konfliktbearbeitung (C 1.3.5) konzentrierten. Die Plattform ist Partnerin des Forschungsnetzwerkes „Lokale Konflikte und Emotionen in urbanen Räumen („LoKoNet“), in dem auch Plattformmitglieder aktiv sind. Bernd Rieche hat an den halbjährlichen „Travelkonferenzen“ teilgenommen. Aktive des LoKoNet bringen sich in die Neugründung des Netzwerkes Konfliktbearbeitung ein.

Netzwerk Konfliktbearbeitung

Am 22./23. März traf sich das in Gründung befindliche Netzwerk zum ersten Mal in Präsenz an der ConflictA, der Konfliktakademie an der Uni Bielefeld. Dort wurde eine Initiativgruppe eingerichtet, in der die AGDF aktiv mitarbeitet, die die formale Gründung vorbereiten und ein Grundlagenpapier entwerfen soll. Ein Gründungstreffen sollte eigentlich noch in 2024 stattfinden. Vor dem Hintergrund des Antrages an Demokratie leben! und der Chance daraus, die Strukturbildung mit Projektförderung voranzutreiben, hatte die Initiativgruppe beschlossen, ein mögliches Gründungstreffen des Netzwerkes oder eine entsprechende Erklärung zu verschieben und den laufenden Antragsprozess bei Demokratie leben! abzuwarten. Der Entwurf eines Grundlagenpapiers liegt vor.

Eine Bestandsaufnahme zu Konfliktbearbeitung in Deutschland hat die ConflictA an der Uni Bielefeld gemeinsam mit dem Netzwerk durchgeführt. Dadurch soll die Landschaft der Konfliktbearbeitung erfasst werden. Die Ergebnisse sind in einer interaktiven Landkarte online zugänglich.

6.2.2 Instrument / Konsortium Ziviler Friedensdienst

Das *Konsortium ZFD* ist der Kreis der 9 Träger des Zivilen Friedensdienstes (ZFD). Es gestaltet zusammen mit dem BMZ als Gemeinschaftswerk den ZFD und trifft sich mehrmals im Jahr. Das gemeinsame Projekt Öffentlichkeitsarbeit und Wissensmanagement des Konsortiums ZFD ist bei der AGDF in Bonn angesiedelt, die AGDF ist außerdem Anstellungsträger für die Stelle Netzwerkmanagement in Berlin. Bernd Rieche vertritt die AGDF im Konsortium und hat die Projektleitung seitens der AGDF inne. Ab 2025 wird die AGDF das Projekt „Förderung der Wirkungsorientierung im Gemeinschaftswerk ZFD durch

Länderstrategien, Projektentwicklung, Monitoring und Evaluation (PM&E) und Verfahrenseffizienz“ übernehmen. Durch dieses sind zwei Koordinationsstellen in Berlin finanziert, die die jeweilige Fachgruppe des Konsortiums begleiten.

Das Konsortium arbeitet weiterhin regelmäßig und intensiv in seinen Treffen und in seinen Fachgruppen. Strategische Themen sind weiterhin Arbeiten in repressiven und sicherheitsrelevanten Kontexten, Environmental Peacebuilding sowie Feminist Peacebuilding – als Reaktion auf die aktuellen Debatten im BMZ. Das Thema Rassismuskritik und Umgang mit dem kolonialen/historischen Erbe wurde beim erweiterten Treffen des Konsortiums aufgenommen und an verschiedenen Stellen, u.a. in der Öffentlichkeitsarbeit sowie in einem geplanten, internationalen Fachaustausch, weitergeführt, ebenso das Thema „Shrinking Space“ – da das Arbeiten der Zivilgesellschaft in zunehmend mehr Ländern schwierig wird und Restriktionen unterliegt.

Es gab zahlreiche Gespräche mit Abgeordneten und im BMZ und es wurden parlamentarische Frühstücke zur Information über die Arbeit und Erfahrungen aus dem ZFD durchgeführt. Dies trug sicherlich wesentlich dazu bei, dass das **ZFD Budget im ursprünglichen Entwurf des Bundeshaushalts der alten Regierung** sogar leicht erhöht wurde. Die Arbeit innerhalb des Konsortiums und die Kommunikation in den politischen Raum werden wesentlich von der Stelle Netzwerkmanagement unterstützt, die bei der AGDF angesiedelt ist (C 1.3.3).

Das Deutsche Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit (DEval) wird die nächsten zwei Jahre eine Evaluierung des ZFD durchführen. Der Fokus wird auf die Projekte im globale Süden und deren Wirkung liegen

6.2.3 Weitere Vernetzungen und Kooperationen

In der *Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung (FriEnt)*⁷ arbeiten sowohl das Konsortium ZFD, das Bernd Rieche im Lenkungsausschuss vertritt, als auch die Plattform ZKB in Kooperation mit Berghof Foundation mit.

Der Schwerpunkt der AG FriEnt liegt weiterhin in der Vermittlung der Ansätze der Konfliktbearbeitung in den politischen Raum. Thematische Schwerpunkte sind dabei „Frieden und Sicherheit“, „Frieden und Klima“ sowie Beiträge zu einer „feministischen Entwicklungspolitik“. Das Peace Building Forum in Berlin fand vom 4.-6. Juni mit internationaler Beteiligung statt.

7. Zivilgesellschaft, Ehrenamtliches Engagement

7.1 Allgemeine Entwicklungen

Die Situation der zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich für Demokratie und Menschenrechte einsetzen, ist weltweit (sehr) schwierig. Auch in Deutschland gibt es Verbesserungsbedarf, u.a. beim Gemeinnützigkeitsrecht, aber auch bei Partizipationsmöglichkeiten und beim Umgang mit Veranstaltungen, die sich beispielsweise kritisch mit der israelischen Politik gegenüber Palästinenser*innen auseinandersetzen.

7.2 Vernetzung und Kooperationen

Die AGDF ist Mitglied im Verein *Allianz "Rechtssicherheit für politische Willensbildung"*. Die Allianz begleitet die Diskussion zum Gemeinnützigkeitsrecht vor allem auf der Bundesebene, aber auch in den Ländern und auf EU-Ebene.

Die Allianz initiierte bzw. unterstützte zwei offene Briefaktionen, an denen sich die AGDF beteiligt hat und die in Medien auf große Resonanz gestoßen sind. Hintergrund der Aktionen waren Überlegungen der Bundesregierung für ein Jahressteuergesetz II, das die letzte Chance darstellte, dass die damalige Bundesregierung ihr Wahlversprechen für ein modernes Gemeinnützigkeitsrecht umsetzt, sowie der Druck, den die AfD auf politisch engagierte Vereine ausübte.

Die AGDF ist Mitglied im Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) und dort in der AG Freiwilligendienste aktiv (B 1.2.4). Zudem arbeitet die AGDF im Ökumenischen Arbeitskreis Ehrenamt mit, der von der EKD und dem Verband der Diözesen Deutschlands (VDD) koordiniert wird und u.a. die Arbeit des BBE aus kirchlicher Sicht begleitet.

Das BBE beteiligte sich aktiv an dem Diskussions- und Partizipationsprozess für eine neue Engagement-Strategie des Bundes. Innerhalb der AG Freiwilligendienste wurde ein Policy Papier mit dem Schwerpunkt Freiwilligendienste erstellt mit Empfehlungen für eine nachhaltige Stärkung der Freiwilligendienste sowie eine Verbesserung der Zugänglichkeit und Steigerung der Attraktivität der Freiwilligendienste für alle Menschen.

⁷ FriEnt ist ein Zusammenschluss von staatlichen Organisationen, kirchlichen Hilfswerken, zivilgesellschaftlichen Netzwerken und politischen Stiftungen. Im Dialog mit Mitgliedern und internationalen Partnern bündelt FriEnt Erfahrungswissen, friedenspolitische Fachlichkeit und Beratung. Ziel ist es, auf dieser Grundlage Agenden und politische Prozesse mitzugestalten sowie Friedensförderung weiterzuentwickeln und zu stärken. (<https://www.frient.de/ueber-uns>)

C Aus Dachverband und Evangelischer Friedensarbeit

1. AGDF e.V.

1.1 Mitglieder

Die AGDF hatte am 31.12.2024 unverändert insgesamt **31 Mitglieder**, davon 6 assoziierte Mitglieder (Übersicht: siehe Anhang). Der Vorstand hatte aber bereits beschlossen, den Woltersburger Mühle e.V. zum 1. Januar 2025 neu als ordentliches Mitglied aufzunehmen.

Auch im Jahr 2024 zeigte sich, dass aufgrund der Nachwirkungen der Pandemie und aktueller Kriege i.d.R. **weniger junge Menschen** als geplant **an (internationalen) Programmen der AGDF-Mitglieder** mitwirkten.

In dem KJP-Programm Handlungsfeld I, Kinder und Jugendarbeit nahmen 1.247 Personen an 73 Maßnahmen teil; davon 909 Personen aus Deutschland und 338 Personen aus dem Ausland. Anteilig wurden 13 Personalkostenstellen gefördert. Einen längerfristigen internationalen Freiwilligendienst vorrangig im Ausland leisteten bei AGDF-Mitgliedern 647⁸, in langfristigen Diensten (Mindestdauer 2 Jahre) waren insgesamt 75 Friedensfachkräfte sowie 31 Entwicklungshelfer*innen tätig (nähere Angaben: siehe Anlagen).

319 hauptamtliche Mitarbeiter*innen bereiten die verschiedenen Programme der Mitglieder vor, führen sie durch und werten sie aus. Sie werden in den Geschäftsstellen von 78 **Ehrenamtlichen** und 66 Honorarkräften unterstützt. In Gremien und im Umfeld der Mitglieder sind über 815 weitere Ehrenamtliche aktiv.

Jan Gildemeister und andere Mitarbeitende der AGDF-Geschäftsstelle führten Gespräche mit Vertreter*innen von Mitgliedern im Rahmen verschiedener Treffen wie Fachbereichssitzungen, Arbeitsgruppen, Studientagen und Mitgliederversammlung sowie bei Anlass-bezogenen Videokonferenzen und Vor-Ort-Besuchen.

Die Arbeit der Mitglieder wurde von der Geschäftsstelle auch im Jahr 2024 wieder auf vielfältige Weise unterstützt. Als Beispiele seien neben den Aspekten Zuschüsse (E) und Lobbyarbeit/Interessensvertretung (D) insbesondere genannt

- die Information der Mitglieder über relevante Themen und Veranstaltungen sowie Neuigkeiten aus dem Dachverband, beispielsweise durch den monatlichen digitalen Rundbrief „AGDF aktuell“,
- die Information der interessierten Öffentlichkeit über Angebote und Veranstaltungen, Stellenausschreibungen, Spendenaufrufe u. v. a. m. der Mitglieder, beispielsweise durch die Homepage,
- die Beratung bei Förderanträgen, in vereinsrechtlichen und anderen Fragen.

Auch 2024 wurde die Unterstützung durch die Geschäftsstelle seitens der Mitglieder, aber auch der angeschlossenen Träger vor allem bezogen auf die Internationalen Freiwilligendienste, relativ stark nachgefragt.

Es gab seitens der Geschäftsstelle vielfältige Kontakte mit Mitgliedern der AGDF. Hierzu gehörte der Besuch der im Wechsel begriffenen Geschäftsführung von EIRENE, Anthea Bethge und ihr Nachfolger Ali Al-Nasani, am 2. Mai in der Geschäftsstelle in Bonn mit einem Gespräch mit Bernd Rieche und Jan Gildemeister. Am 10. Juni besuchte Jan Gildemeister die Geschäftsstelle des Eine Welt Leipzig e.V.. Er nahm zusammen Christine Busch an der Verabschiedung von Anthea Bethge im Rahmen der Jahrestagung von EIRENE am 21./22. Mai in Cochem teil und übernahm Aufgaben bei Jahrestagungen von ICJA Freiwilligenaustausch weltweit und Werkstatt für Gewaltfreie Aktion in Baden (D 1.1).

1.2 Gremien

1.2.1 Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung fand zum dritten Mal in **zwei Teilen** statt: In einer **Videokonferenz** am 10. September ging es primär um den Rückblick auf das vergangene Jahr (Bericht 2023) und die Finanzthemen. Die **Präsenzsitzung** am 20./21. September in Berlin-Spandau begann mit einem gemeinsam mit der Jahrestagung der EAK durchgeführten **Studienteil „Militärische Gewalt und Gewaltfreiheit“**. Am Anfang hielt Bischof Dr. Christian Stäblein, Ev. Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (EKBO), ein Grußwort. Danach folgten drei Inputs von Max Weber (Moderator und mit der Umfrage beauftragt) jeweils mit anschließender Aussprache in Kleingruppen zu Ergebnissen einer vorher durchgeführten Umfrage zu (1) den jeweiligen, generellen Positionen, (2) den Herausforderungen, Dilemmata und Konfliktlinien sowie (3) zu Handlungsmöglichkeiten und Akteur*innen. Nach einem World-Café mit Stationen zu

⁸ Nicht berücksichtigt werden dabei die Freiwilligen, die durch Trägerorganisationen entsandt oder aufgenommen wurden, die sich dem Qualitätsverbund oder der Zentralen Stelle der AGDF angeschlossen haben.

verschiedenen Themen folgten sog. Schlaglichter zu dem Erlebten von Juliane Prüfert, Generalsekretärin von Church and Peace, Jochen Cornelius-Bundschuh und Maria Schiffels, Friedensbeauftragte der Ev.-Luth Landeskirche Sachsens.

Die Mitgliederversammlung **wählte** in den **Vorstand** Jochen Cornelius-Bundschuh als Vorsitzenden, Christof Starke als stellvertretenden Vorsitzenden und als Beisitzende Ali Al-Nasani, Rainer Gertzen, Elvin Hülser und Megan Rosenwink.

Sie beschloss eine Anhebung des Sockelbeitrags des Mitgliedsbeitrags um 100 € und **Resolutionen: zu Demokratie stärken, Veränderungen gemeinschaftlich gestalten, zur Diskussion über Pflichtdienste „friedensfähig, weil freiwillig“ und „Nein zur Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland“.**

Die Arbeit von Inkota stellte Arndt von Massenbach vor, von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste berichtete Matteo Schürmann. Am Abend wurde der ausgeschiedenen Vorsitzenden Christine Busch mit verschiedenen Redebeiträgen u.a. von Dagmar Pruin und Renke Brahms herzlich für ihre für die AGDF geleistete Arbeit gedankt.

1.2.2 Vorstand

Dem Vorstand gehörten Christine Busch bzw. ab September Jochen Cornelius-Bundschuh (Vorsitzende*r) und Christof Starke (stellvertretender Vorsitzender) sowie als Beisitzende Rainer Gertzen, Stephan Langenberg, Megan Rosenwink, Elvin Hülser und bis Juni Anthea Bethge bzw. ab September Ali Al-Nasani an. Dr. Dorothee Godel hatte im Vorstand für das Kirchenamt der EKD einen Gaststatus. Der Vorstand tagte 2024 am 21./22. Februar in Frankfurt/Main, am 26./27. Juni in Hannover, am 19. September in Berlin und am 3. Dezember erneut in Hannover.

Die beratenen Themen – zu denen auch die **Kriege** in der Ukraine und im Nahen Osten sowie die gesellschaftspolitische Situation in Deutschland gehörten – sind im Wesentlichen in diesen Bericht aufgenommen worden, einige werden im Folgenden noch einmal hervorgehoben bzw. ergänzend benannt.

Der Vorstand beschloss neben der Unterzeichnung eines **Aktionsaufrufs** zum zweiten Jahrestag des **Ukraine-Krieges** des Bündnisses „Stoppt das Töten in der Ukraine“ die Veröffentlichung eines ergänzenden Textes.

Der Vorstand beschloss, die **Trägerschaft in der Christlich Muslimische Friedensinitiative in Deutschland aufzugeben** und auf einen Ausstieg aus der CMFD zuzugehen. In verschiedenen Gesprächen wurden die ausschlaggebenden Gründe den Beteiligten vermittelt. Mit dem Ausstieg der AGDF wurde der Internationale Versöhnungsbund Deutscher Zweig Träger der CMFD, der – wie zuvor die AGDF – durch Eva-Maria Willkomm in der CMFD vertreten wird.

Der Vorstand beschloss die Fortführung des Projektes Öffentlichkeitsarbeit und Wissensmanagement des Konsortium ZFD und eine entsprechende Antragsstellung für die nächste Projektphase 2025-28. Zudem beschloss er eine **Trägerschaft des Projektes zu Finanzfragen/Verfahrenseffizienz sowie Projektmonitoring, Evaluation (PM&E)** und trägerübergreifende Länderstrategien **für das Konsortium ZFD** einschließlich der Berater*in-auf-Zeit-Stelle für Verfahrenseffizienz durch den AGDF e.V. **ab 2025**. Er befürwortete und unterstützte die Gespräche zur vertiefenden Kooperation zwischen AGDF und Ev. Freiwilligendienste gGmbH zur Bildung eines gemeinsamen Qualitätsverbundes weltwärts und einer gemeinsamen Zentralen Stelle IJFD sowie die Gründung einer gemeinsamen GbR für die formale Abwicklung. Auch den Prozess der Antragsvorbereitung und Interessensbekundung im Bereich „Demokratische Konfliktbearbeitung“ des Programmes „Demokratie leben!“ begleitete der Vorstand aktiv. Am Ende beschloss er, dass der AGDF e.V. **Mitträger des Projektes Kooperationsverbund Demokratische Konfliktbearbeitung** wird, der 2025 seine Arbeit aufnahm.

Der Vorstand beschloss, dass die AGDF die **Kampagne „Friedensfähig statt erstschlagfähig: für ein Europa ohne Mittelstreckenwaffen“** unterstützt, ebenso wie das Ökumenische Friedenszentrum anlässlich des DEKT 2025. Er entschied, den Woltersburger Mühle e.V. als ordentliches Mitglied aufzunehmen.

Im Kontext der Veränderungen im Vorstand wurden **Vertretungsaufgaben entschieden**: Vertreter*innen im VfF wurden Jochen Cornelius-Bundschuh – zugleich im VfF-Vorstand –, Megan Rosenwink und Rainer Gertzen. Die Stellvertretung übernahmen Christof Starke und Elvin Hülser. In der Konferenz für Friedensarbeit im Raum der EKD vertreten die AGDF Elvin Hülser (Antikriegshaus Sievershausen), Christof Starke (FK Halle) und Volker Haury (ORL) sowie Jutta Weduwen (ASF) und Rainer Gertzen (gewaltfrei handeln). **Auf Vorschlag der AGDF hat** der EKD-Friedensbeauftragte Antje Heider-Rottwilm in die Friedenswerkstatt nachberufen.

Am 3. Dezember führte der Vorstand ein gemeinsames Gespräch mit dem **EAK-Vorstand**, bei dem ein **gemeinsames Papier zu Pflicht-/Freiwilligendiensten, Wehrdienst und KDV** beschlossen wurde.

Der Vorstand entschied auf Basis eines Vorschlages des Qualifizierungsverbundes über die Vergabe der Mittel für zivile Konfliktbearbeitung, die dankenswerter Weise wieder über den VfF von der EKD zur Verfügung gestellt wurden. Weiter

entschied der Vorstand über die Mittelverwendung aus dem Friedenspolitischen Fonds (C 1.6.2) und beschloss, dass der Mitgliedsbeitrag von pbi für die Jahre 2024 und 2025 auf max. 1.000 € reduziert wird.

1.2.3 Fachbereiche und Arbeitsgruppen

Die Fachbereiche dienen dem Austausch von Erfahrungen unter den Mitgliedern, der Verstärkung der Zusammenarbeit, der Beratung des Vorstandes und sie bringen Themen und Beschlussvorlagen in die Mitgliederversammlung ein. Sie treffen sich in der Regel zwei Mal im Jahr und sind für die Vergabe der Mittel aus dem jeweiligen Fachbereichsfonds verantwortlich.

1.2.3.1 Fachbereich I „Lokale und regionale Friedensarbeit“

Beim Fachbereich I stand der Austausch über aktuelle Themen und Erfahrungen im Vordergrund. Es gab am 7. März eine Videokonferenz und dann ein Präsenztreffen im Vorfeld der Mitgliederversammlung. In dessen Rahmen setzte er sich mit dem Projekt „lokale Friedensarbeit stärken“ und zusammen mit einem Referenten mit dem Nahost-Konflikt auseinander. Entscheidungen über die Förderung von Projekten fanden bei Bedarf zeitnah virtuell statt.

1.2.3.2 Fachbereich II „Friedensbildung und Qualifizierungsverbund für zivile, gewaltfreie Konfliktbearbeitung“

Der Fachbereich II „Friedensbildung“ traf sich 2024 einmal in Präsenz und mehrmals virtuell. Hier war Raum für kollegiale Beratung und Austausch. Innerhalb des Fachbereiches hat der Qualifizierungsverbund für zivile, gewaltfreie Konfliktbearbeitung, kurz "QVB gewaltfreie Wege im Konflikt" seinen Platz. Dieser traf sich im Februar und mehrmals virtuell.

Die Qualifizierungsangebote werden regelmäßig auf der Homepage des Qualifizierungsverbundes veröffentlicht. Die Kurse wurden in virtuellen Informationsabenden vorgestellt. Die Arbeit des QVB und des Fachbereiches II wurde für die Geschäftsstelle durch Bernd Rieche unterstützt.

1.2.3.3 Fachbereich III

Der Fachbereich traf sich am 13./14. März virtuell und im Vorfeld der Mitgliederversammlung. Neben Fragen zu den Förderprogrammen ging es u.a. um die (finanzielle) Situation und die (schwierige) Perspektive der Träger, die Öffentlichkeitsarbeit, ökologisch-soziale Nachhaltigkeit in Freiwilligendiensten sowie um verschiedene strukturelle Veränderungsprozesse und deren Konsequenzen für die eigene Arbeit – im Einzelnen: die engere Kooperation zwischen AGDF und Ev. Freiwilligendienste gGmbH, neue Struktur bei dem ev. Forum entwicklungspolitischer Freiwilligendienst und – u.a. in einer zusätzlichen Videokonferenz bearbeitet – der Konferenz ev. Freiwilligendienste. Verabredet wurde eine partielle Einbindung von Vertreter*innen der der AGDF angeschlossenen Freiwilligendienst-Träger in die politische Vertretung.

Eine Arbeitsgruppe des Fachbereichs III beriet aktuelle Themen aus dem Bereich Zivile Konfliktbearbeitung und Ziviler Friedensdienst.

1.2.3.4 Arbeitsgruppe Organisationsentwicklung

Die Arbeitsgruppe Organisationsentwicklung hat das Ziel durch gegenseitiges Coaching, Erfahrungsaustausch, Beratung und die Initiierung von Fortbildungen Prozesse bei AGDF-Mitgliedern anzuregen und zu begleiten. Es arbeiten vor allem hauptamtliche Personen mit Führungsverantwortung mit.

Ergänzend hierzu hat eine offene Supervisionsgruppe, an der vor allem Personen mit geringerer Berufserfahrung beteiligt sind, ihre Arbeit fortgeführt.

Die von der Arbeitsgruppe Organisationsentwicklung initiierte Fortbildung musste wegen einer kurzfristigen Erkrankung der Referentin verschoben werden (C 1.4).

1.2.3.5 Qualitätsverbund weltwärts / Zentrale Stelle IJFD

Gemeinsam führten der *Qualitätsverbund weltwärts der AGDF*, dem 17 Träger angeschlossen sind, und die Zentrale Stelle im IJFD, der 19 Träger angeschlossen sind, im November 2024 ihr Trägertreffen durch. Im Mittelpunkt standen die Themen Psychische Gesundheit, Incoming, Visa- und Sicherheitsfragen sowie die anstehende Umstrukturierung von Qualitätsverbund und Zentraler Stelle. Deutlich spürbar war die gute Zusammenarbeit zwischen den Trägern; so wurden offen über Herausforderungen gesprochen und Konzepte ausgetauscht. Daneben fanden insgesamt 12 digitale Austauschrunden statt, z.T. als Ad-hoc-Angebote, zur Vernetzung und Klärung praktischer Fragen, teilweise gemeinsam oder aber förderprogrammspezifisch.

Der Qualitätsverbund war zu bestimmten Themen in Kontakt mit BMZ und Engagement Global, u.a. zu Visaherausforderungen, Prüfungen von Einsatzstellen durch das BAFzA, Kostenbeteiligung und möglichem Nachteilsausgleich für Freiwillige, Sicherheitsmanagement und zu Qualitätsfragen. Auch fanden insgesamt 7 länderspezifische Austauschrunden, v.a. gemeinsam mit den länderspezifischen Ansprechstellen Visa und Sicherheit, statt. Im Qualitätsverbund wurden 5 Träger zu Qualitätsfragen und Zertifizierung, zu Neustrukturierungen der Arbeit und mit allgemeinen Informationen für neue Kolleg*innen intensiv beraten.

Die Zentrale Stelle stand in engem Austausch mit BMFSFJ und BAFzA. Die Zentrale Stelle der AGDF übernahm weiterhin Zentrale Stelle-übergreifend federführend die **Koordinierung der Träger mit Entsendungen nach Israel**.

Darüber hinaus war die Zentrale Stelle stärker in die Begleitung der Träger eingebunden, z.B. Bewertung von neuen Trägern und Einsatzstellen, Aufgaben der Freiwilligen und deren Abgrenzung von ggfs. missionarischen Tätigkeiten in Einsatzstellen sowie bei der Lösung von verwaltungstechnischen Herausforderungen. 5 Träger wurden ausführlich, z.T. mit Trägerbesuchen, beraten und begleitet.

1.3 Projekte

1.3.1 ZFD Wissensmanagement und Öffentlichkeitsarbeit

Die AGDF ist für das *Konsortium Ziviler Friedensdienst* (ZFD) die Trägerin für die gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit und das gemeinsame Wissensmanagement. Dieses Projekt wird in enger Abstimmung mit den anderen Mitgliedern des Konsortiums (D 2.1) durchgeführt, dafür wurden zwei Fachgruppen eingerichtet. Bernd Rieche hat seitens der AGDF zusammen mit einer*m der Sprecher*innen des Konsortiums die Projektverantwortung.

Die Koordination der Öffentlichkeitsarbeit lag bei Martina Rieken und Nicola Quarz, die Koordination für das Wissensmanagement bei Samuel Stauß, unterstützt wird die Arbeit durch die Projektassistentin Maren Mittler.

Im Jahr 2024 stand das 25-jährige Jubiläum des Zivilen Friedensdienstes im Mittelpunkt der Öffentlichkeitsarbeit. Dafür wurden kreative Konzepte und neue Materialien entwickelt, wie Informationsblätter und Roll-ups, die auch nach dem Jubiläumsjahr weiter genutzt werden können. Eine Social-Media-Kampagne unter dem Hashtag #talkactpeace ermöglichte es Partnern und Fachkräfte, die Wirkungen der Arbeit und ihre Verbundenheit mit dem ZFD zu zeigen. Eine geplante Journalist*innenreise in die Ukraine wurde aus Sicherheitsgründen nur teilweise umgesetzt. Politische Formate informierten über die Arbeit des ZFD und auf der ZFD-Website sowie in Podcasts wurde das Jubiläum mit vielen Beiträgen gewürdigt. Eine gut besuchte Pressekonferenz in Berlin mit Vertreter*innen aus der Ukraine und Mali bildete den Höhepunkt des Jahres. Die Medienberichterstattung dazu fiel sehr gut aus. Alle Aktionen erfüllten das Ziel, die Wirkungen des ZFD in Deutschland zu verdeutlichen. Insbesondere die Aktivitäten zum Geburtstag des ZFD waren Anlass für die Medien, über ihn zu berichten.

Im Bereich Wissensmanagement wurde 2024 der Fachaustausch zum Thema Environmental Peacebuilding erfolgreich mit der Beteiligung von 40 Teilnehmenden aus 19 Ländern in drei Sprachen durchgeführt. Als Ergebnisse entstanden eine umfassende Dokumentation für die Teilnehmenden und Factsheets, die veröffentlicht wurden. Die Struktur der Teamplattform wurde erneuert und damit die Übersicht und Zugänglichkeit verbessert. Teamplattform und Mailverteiler bilden weiter die technische Grundlage für die Zusammenarbeit im Konsortium und werden von allen Trägern intensiv genutzt.

1.3.2 eFeF Fortbildungsreihe

Bei der AGDF liegt die strukturelle Ansiedlung und organisatorisch-finanzielle Abwicklung des Projektes zur Qualifizierung von ehemaligen weltwärts-Freiwilligen für ein verstärktes Engagement als Multiplikator*in für „Globales Lernen“ des evangelischen Forums entwicklungspolitischer Freiwilligendienst (eFeF), in dem die AGDF mitarbeitet und einen der beiden Sprecher*innen stellt (s. B 1.2.1). Es wird durch das Programm Förderung entwicklungspolitischer Bildungsarbeit (FEB) vom Bundesentwicklungsministerium unterstützt, zudem von Brot für die Welt finanziell gefördert und umfasst eine befristete Teilzeitstelle für die Projektkoordination bei der AGDF. Kern ist eine Fortbildungsreihe, an der jährlich über 50 zurückgekehrte Freiwillige und andere Interessierte teilnehmen. Die Teilnehmenden müssen für ein Zertifikat einen Auftaktworkshop und vier Seminare zu Methoden und inhaltlichen Themen besuchen und ein Projekt durchführen. Das eFeF-Projekt wird von Clémence Bosselut seit 2009 sehr erfolgreich koordiniert, in der Steuerungsgruppe sind mehrere AGDF Mitglieder vertreten.

Der Auftaktworkshop für die neue Fortbildungsreihe fand trotz Bahnstreik am 8. März erfolgreich in Präsenz statt. Zum vertiefenden Handprint-Ansatz lief die Online-Abend-Reihe weiter, ebenso wurden die sog. informellen Abende, bei denen Teamer*innen oder Referent*innen ihr Wissen mit anderen teilen, fortgeführt. Das Programm für die Fortbildungsreihe 2025 wurde abgestimmt, ein entsprechender Flyer erstellt.

Hinsichtlich der Finanzen gab insofern erfreuliche Entwicklungen, dass FEB / Engagement Global (Förderung Entwicklungspolitischer Bildungsarbeit) für 2024 im Herbst zusätzliche Mittel bewilligte und Brot für die Welt zusagte,

das Projekt auch 2025-2027 mit sogar leicht erhöhten Mitteln zu fördern. An dem **Awareness-Konzept**, das auf dem Leitfaden zu Macht und Kommunikation „Du, Ich, Wir und diese Strukturen“ beruht, wurde weitergearbeitet.

1.3.3 Stelle ZFD-Netzwerkmanagement

Die AGDF ist Anstellungsträger für die Stelle Netzwerkmanagement in Berlin, welche Priska Palacios innehat. Sie koordiniert die Arbeitsprozesse innerhalb des Konsortiums ZFD (B 6.2.2) und unterstützt die Lobbyarbeit im parlamentarischen Raum. Finanziert wird die Stelle durch alle Träger des Konsortium ZFD gemeinsam. Das Konsortium ZFD nutzt in Berlin ein Büro im Berliner Eine Welt Zentrum "Berlin Global Village", welches durch die AGDF angemietet wurde.

1.3.4 Landesansprechstellen

Die Umsetzung des Instruments „Länderspezifische Ansprechstellen im Bereich Visa und Sicherheit“ (LAViS) in den Ländern Indien, Kenia, Nicaragua und Uganda im Rahmen des Förderprogramms weltwärts, gefördert durch das BMZ und beim Qualitätsverbund der AGDF angesiedelt, erfolgte auch in 2024 in Kooperation mit den Trägern ICJA Freiwilligenaustausch weltweit und EIRENE. Die LAViS erstellten aktuelle Informationen zu Visa und Sicherheit zu ihrem jeweiligen Land, welche von allen Trägern internationaler Freiwilligendienste genutzt werden konnten. Herausforderungen im Bereich LAViS bestanden weiterhin und im Besonderen in der Süd-Nord-Komponente in der Kontaktaufnahme zwischen LAViS und den Botschaften und der damit verbundenen Erlangung von Visaterminen für die Freiwilligen.

1.3.5. Projekt Kooperationsverbund Demokratische Konfliktbearbeitung

Die AGDF hat erfolgreich einen Antrag für einen Kooperationsverbund „Demokratische Konfliktbearbeitung“ im Rahmen des Bundesprogrammes „Demokratie leben!“ gefördert durch das BMFSFJ gestellt und ist seit 2025 zusammen mit dem FK Halle Teil eines Kooperationsverbundes „Demokratische Konfliktbearbeitung“ mit dem Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung / Salzwedel (K3B), Bund für Soziale Verteidigung, Stiftung SPI, Aktion Zivilcourage, forumZFD und "Gegen Vergessen - für Demokratie". Der Kooperationsverbund soll in den nächsten 8 Jahren eine Dachverbands- und Netzwerkstruktur aufbauen sowie fachlich und konzeptionell den Bereich voranbringen durch fachliche Impulse und Transfer, fachpolitische Interessensvertretung und Qualifizierung und Qualitätsentwicklung.

Für die Strukturentwicklung und Netzbildung sind das K3B als Koordinierungsstelle des Verbunds sowie die AGDF verantwortlich. Die AGDF will sich im Bereich Qualifizierung mit Kursangeboten und der weiteren Qualitätsentwicklung einbringen sowie thematisch mit den Themen Konfliktbearbeitung durch lokale, zivilgesellschaftliche Organisationen, Transformationskonflikte und Verbindung von Konfliktbearbeitung im globalen Süden und in Deutschland, inkl. Aspekte von Antirassismus und Diaspora befassen.

Überraschend kam der Förderbescheid für 2025 in voller Höhe Mitte Dezember. Administrativ wird das Programm vom Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA) abgewickelt. Die Antragsstellung war sehr aufwendig und erforderte intensive Abstimmung zwischen allen Beteiligten.

Die AGDF arbeitet eng mit dem Friedenskreis Halle zusammen, der etwa 50% des Projektes per Weiterleitung umsetzen wird. Christof Starke und Bernd Rieche übernehmen die Projektleitung. In Halle (Saale) werden die fachlichen Referent*innen arbeiten, in Bonn sind die Stelle für Öffentlichkeitsarbeit und die Projektassistentin angesiedelt und inzwischen besetzt. Die Stellen beim Friedenskreis Halle sind seit 1. Januar 2025 besetzt.

1.4 Studientage, Fortbildungen

Das AGDF-Fachgespräch zu „Neokolonialismus“ musste aufgrund der Beeinträchtigungen durch einen Bahnstreik, die geplante Fortbildung zu Personalführung musste aufgrund der Erkrankung der Referentin verschoben werden.

1.5 Verbandsinterne Kommunikation

Die Geschäftsstelle produziert monatlich den ca. achtseitigen Newsletter „AGDF aktuell“ mit Nachrichten aus dem Dachverband sowie Hinweisen und Meldungen in den Kategorien Ökumenische Friedensarbeit, Politische Aktionen, Tagungen und Kongresse, Publikationen, Erklärungen und Stellungnahmen, Service: Informationen und Berichte sowie Stellenangebote. Veranstaltungshinweise nehmen dabei einen breiten Raum ein. Der **Newsletter** wird als Download auf die Website eingestellt, per email wird dann der – stetig wachsende – **Verteiler** von aktuell **260** Mitgliedern, kirchlichen

Stellen, befreundeten Organisationen und interessierten Multiplikator*innen informiert. Darüber hinaus werden den Mitgliedern – sowie angeschlossenen Trägern von internationalen Freiwilligendiensten – bedarfsorientiert Informationen zur Verfügung gestellt.

1.6 Finanzen

1.6.1 Haushalt allgemein

Die Einnahmen des AGDF e.V. setzen sich zusammen aus Mitgliedsbeiträgen (ca. 33.000 €), Beiträgen und Zuschüssen angeschlossener Träger (ca. 232.000 €), Spenden (ca. 1.200 €), Kollekten von den Landeskirchen Bayern, Hessen und Nassau, Kurhessen-Waldeck, der Pfalz und Württemberg und einzelnen evangelischen Gemeinden (vor allem) in der Nordkirche (ca. 153.000 €) sowie Mitteln für bei der AGDF angesiedelte Projekte, insbesondere zweckgebundene staatliche und kirchliche Zuschüsse (ca. 807.000 €). Hinzu kommen staatliche Mittel für Maßnahmen der internationalen Jugendarbeit von Mitgliedsorganisationen (knapp 650.000 €) sowie sonstige Einnahmen. Die Gesamteinnahmen betrugen 2024 ca. 2 Mio. €.

Mittel, die nicht zweckbestimmt für Drittmittelfinanzierte Projekte oder Programme oder für Maßnahmen der internationalen Jugendarbeit vorgesehen sind, werden aufgewendet für den Kernhaushalt (u.a. Wirtschaftsprüfung, Rechtsberatung, Beiträge für Mitgliedschaften), die Fonds (der Fachbereiche, für Öffentlichkeitsarbeit und den friedenspolitischen Fonds) und die institutionelle Förderung der ordentlichen Mitglieder.

1.6.2 Friedenspolitischer Fonds

Der friedenspolitische Fonds ist ein Verfügungsfonds des Vorstandes. Ein Teil der Mittel fließt in Projekte von Mitgliedern (Antragsverfahren).

2. Verein für Friedensarbeit im Raum der EKD e.V.

AGDF, EAK und EKD sind die Träger des *Vereins für Friedensarbeit im Raum der EKD* (VfF). Mitglieder des Vereins sind Vorstandsmitglieder von AGDF und EAK sowie zwei Vertreter*innen der EKD, die Geschäftsführung liegt bei den Geschäftsführern von AGDF und EAK. Für die AGDF waren bis Dezember 2024 Christine Busch, Rainer Gertzen und Stephan Langenberg Mitglieder, danach Jochen Cornelius-Bundschuh, Rainer Gertzen und Megan Rosenwink. Bei Christof Starke lag die Vertretung in der Mitgliederversammlung bei Verhinderung, seit Dezember zusätzlich bei Elvin Hülser. Christine Busch war bis Dezember Vorstandsvorsitzende des VfF, am 4. Dezember wurde Jochen Cornelius-Bundschuh zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Der Verein ist zuständig für Organisation, Personal und (Basis-) Finanzierung der Geschäftsstelle, Ansprechpartner für das Finanzamt, erhält die Mittel der EKD zugewiesen etc. Er fördert die Kooperation der Beteiligten. Daneben gibt es AGDF e.V. und gab es bis 2024 (Förderverein der) EAK e.V. als unabhängige Vereine.

2.1 Gremien

Der VfF-Vorstand befasste sich 2024 neben Haushaltsfragen und Personalangelegenheiten vor allem mit den aktuellen Kriegen, der Friedenswerkstatt, die sich im Auftrag des Rates der EKD unter Leitung des Friedensbeauftragten mit friedensethischen Fragen befasst und in der Christine Busch den VfF-Vorstand vertrat, sowie mit dem Sparziel 2030. Konkret geht es dabei um die Umsetzung der Ergebnisse des 2021 abgeschlossenen Organisationsentwicklungsprozesses des VfF. Weitere Themen waren die (geplante) Auflösung des EAK e.V. und die damit verbundene Schenkung von Mitteln für die Verleihung des Friedenspreises und eine Weiterentwicklung der Strukturen auf EKD-Ebene.

2.2 Finanzen

Dankenswerter Weise stellte die EKD auch für die Arbeit der AGDF dem Verein für Friedensarbeit im Raum der EKD im Jahr 2024 Mittel in Höhe von über 1 Mio. Euro zur Verfügung. Zur „institutionellen Förderung“ für die Wahrnehmung von Aufgaben der Konferenz und des Ratsbeauftragten für Friedensarbeit, der EAK, der Konferenz evangelischer Freiwilligendienste und der AGDF gehörten 58.500,00 Euro für die Qualifizierung von Friedensfachkräften und in der Zivilen Konfliktbearbeitung. Zudem wurde die Förderung des in der Geschäftsstelle angesiedelten Projektes der dachverbandsübergreifenden Öffentlichkeitsarbeit der Konferenz evangelischer Freiwilligendienste aus Kollektmitteln fortgeführt (C 2.3).

2.3 Projekte

Im Projekt *„Dachverbandsübergreifende Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen der Konferenz evangelischer Freiwilligendienste (KeF) – Fortbildungen, Social Media und Online-Marketing 2020 - 2024“*, gefördert aus

Kollektenmitteln der EKD sowie von der Evangelischen Mission Weltweit, konnten eine Fachtagung durchgeführt und das Online-Marketing für *ein-jahr-freiwillig.de* weiter intensiviert werden. Das Projekt ist bei der KeF-Servicestelle angegliedert und wird von der gleichen Begleitgruppe wie die Website www.ein-jahr-freiwillig.de begleitet. Hierdurch werden Synergien möglich. In der Begleitgruppe wirkten u.a. Aktion Sühnezeichen Friedensdienste sowie die KeF-Servicestelle mit.

3. Konferenz für Friedensarbeit, Ratsbeauftragter für Friedensarbeit

Die AGDF ist Mitglied der *Konferenz für Friedensarbeit im Raum der Evangelischen Kirche in Deutschland* (KfF). Der Vorsitz der Konferenz, in der Vertreter*innen der EKD und ihrer Gliedkirchen sowie kirchlicher Werke und christlicher Verbände mitarbeiten, liegt beim Beauftragten für Friedensarbeit des Rates der EKD, Landesbischof Friedrich Kramer. Die Geschäftsführung liegt bei den Geschäftsführern der AGDF und EAK, die auch an den Sitzungen des Arbeitsausschusses teilnehmen. Bei den Tagungen werden die AGDF und ihre Mitglieder durch die*den Vorsitzende*n sowie (bis zu) drei weiteren Personen vertreten.

Die 17. Tagung der *Konferenz für Friedensarbeit im Raum der EKD* (KfF) und der Studientag zu „Zwischen Widerstand und Dialog. Kirche auf dem Weg zum (klima-)gerechten Frieden“ fanden am 29.-31. Januar in Breklum (Nordkirche) statt. Neben der Geschäftsstelle vertraten Anthea Bethge (im Arbeitsausschuss), Jutta Weduwen (mit einem Schwerpunktbericht), Christine Busch und Rainer Gertzen die AGDF und ihre Mitglieder. Ausführliche Berichte bei der Konferenz kamen von der Nordkirche und Aktion Sühnezeichen Friedensdienste.

Rainer Gertzen vertrat anstelle der frühzeitig ausscheidenden Anthea Bethge die AGDF als Gast bei einer Sitzung im Arbeitsausschuss der KfF.

Die gemeinsame Geschäftsstelle hat auch die Aufgabe, den *Beauftragten für Friedensarbeit des Rates der EKD* in seiner Arbeit zu unterstützen. Jan Gildemeister und Bernd Rieche unterstützen die vorrangig zuständige Kollegin darin, auf Anfrage Texte zu entwerfen oder Themen aufzubereiten und den Beauftragten in verschiedenen Fragen zu beraten.

4. Ev. Arbeitsgemeinschaft für KDV und Frieden

Die AGDF arbeitet auf verschiedenen Ebenen sehr eng mit der *Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden* (EAK) zusammen, im VfF, in der Evangelischen Friedensarbeit und der gemeinsamen Geschäftsstelle, zudem gibt es einen gegenseitigen Gaststatus bei Mitgliederversammlungen. Die Vorsitzende der AGDF, ein Vertreter des Vorstandes der EAK und die beiden Geschäftsführer trafen sich regelmäßig zu Arbeitsbesprechungen.

Die EAK ist eine Arbeitsgemeinschaft im Raum der EKD insbesondere (der Friedensbeauftragten) von Landes- und Freikirchen. Sie bildet durch Jahrestagung, Studientage und Kooperationen ein kirchliches Netzwerk und Kompetenzzentrum, welches auch politisch – durch Stellungnahmen – in Kirche und Öffentlichkeit für persönlichen Gewaltverzicht und gewaltfreie Wege zum Frieden eintritt. Darüber hinaus unterstützt und berät die EAK Menschen, die den Kriegsdienst in Deutschland verweigern wollen, und setzt sich international für die Umsetzung des Menschenrechts auf KDV ein.

Die EAK beschloss, ihren Trägerverein aufzulösen, die Ausrichtung und die entsprechenden Finanzmittel für zwei Friedenspreis-Verleihungen gingen an den VfF e.V. über.

Die EAK-Jahrestagung und die AGDF-Mitgliederversammlung hatten einen gemeinsamen Studienteil. Die Vorstände von EAK und AGDF haben sich am 3. Dezember in Hannover u.a. über Möglichkeiten einer vertieften Kooperation ausgetauscht. Eine von den Vorständen von AGDF und EAK eingesetzte Arbeitsgruppe hat für die EKD-Synode ein Thesenpapier zur Diskussion zu Pflicht-/Freiwilligendiensten (inkl. Wehrpflicht, KDV) vorgelegt.

5. Geschäftsstelle

Die Geschäfte der AGDF werden in einer gemeinsamen Geschäftsstelle mit der Ev. Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK) wahrgenommen, in der zudem die Servicestelle internationale Freiwilligendienste der Konferenz evangelischer Freiwilligendienste (KeF) angesiedelt ist. Die Mitarbeitenden übernehmen außerdem Aufgaben für die Konferenz für Friedensarbeit im Raum der EKD und den Beauftragten für Friedensarbeit des Rates der EKD. Rechtlicher Träger der Geschäftsstelle ist der Verein für Friedensarbeit im Raum der EKD e.V. (B 5).

5.1 Allgemeine Entwicklungen, Aktivitäten

Viele Mitarbeitende der Geschäftsstelle arbeiten teilweise oder fast ausschließlich im Homeoffice. Arbeitstreffen finden weiterhin vielfach als Videokonferenzen statt.

Die monatlich stattfindenden Dienstbesprechungen dienten insbesondere der Vorstellung verschiedener Arbeitsbereiche und Informationen aus Leitung, Verwaltung, von den verschiedenen Arbeitsbereichen und Projekten. Sie wurden weitgehend virtuell durchgeführt. Am 11. April fand eine gelungene gemeinsame Fortbildung der

Mitarbeitenden zu „Argumente gegen Rechts“ statt. Beim Workshop am 12. September ging es um Überlegungen der Leitungsrunde zur Zusammenarbeit und Kommunikation und deren Umsetzung.

Für die Leitungsrunde, der die mit Personalverantwortung betrauten Mitarbeiter*innen angehören, stand im Zentrum die interne Zusammenarbeit und Kommunikation. Grund dafür waren u.a. das hohe Maß an virtuellem Arbeiten, ein absehbar (weiteres) Wachsen der Geschäftsstelle und die „Außenorientierung“ der Arbeit vieler Mitarbeitenden. Konkret wurden Form und Frequenz der Dienstbesprechungen verändert, zudem wurden Prozesse zur Weiterentwicklung der schriftlichen Kommunikation, der jährlichen Präsenz-Workshops und der Raumnutzung in der Geschäftsstelle in Bonn auf den Weg gebracht. Weitere Themen der Leitungsrunde waren die Umsetzung des VFF-Organisationsentwicklungsprozesses (wie Ressourcensteuerung) und die Frage von Awareness in der Geschäftsstelle.

5.2 Personal

Beim VFF e.V. waren im Jahr 2024 insgesamt 13 Mitarbeiter*innen angestellt.

Dieter Junker übernimmt als Honorarkraft weiterhin im VFF e.V. die Unterstützung der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit für den EKD-Friedensbeauftragten, die Konferenz für Friedensarbeit sowie AGDF und EAK.

Beim AGDF e.V. und damit der gemeinsamen Geschäftsstelle sind mehrere Projekte und Kooperationen organisatorisch und personell angesiedelt. Auf Dauer angelegt, aber auf Projektbasis gefördert sind Aktivitäten des evangelischen Forums entwicklungspolitischer Freiwilligendienst, des Konsortiums Ziviler Friedensdienst (s. u.) sowie das Projekt Landesansprechpersonen für Visa und Sicherheit, deren Projektmitarbeitende beim AGDF e.V. angestellt sind. Darüber hinaus sind die Mitarbeiterin des Qualitätsverbundes weltweit der AGDF, die Mitarbeiterin des Netzwerkmanagements für das ZFD sowie der Mitarbeiter der Zentralen Stelle IJFD beim AGDF e.V. angestellt. Insgesamt waren im Jahr 2024 beim AGDF e.V. 9 Mitarbeiter*innen angestellt.

Aufgaben u.a. für die AGDF übernahm zudem Sara Mieth (ASF Belgien) im Bereich Internationale Freiwilligendienste bei der EU (B 1.3). Regelmäßig beauftragt waren insgesamt 3 Honorarkräfte beim AGDF e.V. Silvia Bopp übernahm die Vertretung der AGDF bei der Kooperation für den Frieden (B 5.2.1), Udo Bormann übernahm regelmäßig die Pflege der Webseite des Fachbereichs I und Bernd Rieche vertrat die AGDF bei der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung, im Konsortium Ziviler Friedensdienst und im Bundesnetzwerk Friedensbildung.

D Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit

Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit sind wichtige Aufgaben des Dachverbandes. Die Öffentlichkeitsarbeit unterstützt dabei die Lobbyarbeit und soll Angebote der Mitglieder bekannter machen. Sie kann auf Grund geringer personeller Kapazitäten nicht in dem Umfang wahrgenommen werden, wie dies wünschenswert wäre.

1. Öffentlichkeitsarbeit

1.1 Referate und Vorträge

Im Folgenden werden nur die Referate und Vorträge aufgeführt, die nicht im Rahmen der an anderer Stelle im Jahresbericht beschriebenen Veranstaltungen stattfanden.

Christine Busch nahm u.a. am 7. Kirchlichen Aktionstag gegen Atomwaffen am 25. Mai in Büchel teil sowie an der öffentlichen Feier zum 60. Geburtstag von Landesbischof Kramer, dem EKD-Friedensbeauftragten, Ende Oktober in Magdeburg.

Jan Gildemeister

- hielt für die AGDF ein Grußwort beim Jahrestreffen der Werkstatt für Gewaltfreie Aktion in Baden am 20./21. April in Freiburg anlässlich deren 40-jährigen Bestehens,
- war an einem Podiumsgespräch im Rahmen der Jahrestagung von ICJA (75 Jahre) zu friedenspolitischen Entwicklungen und Internationalen Freiwilligendiensten am 19. Mai in Altenkirchen beteiligt,
- saß auf dem Podium des Panel 2 „Wehrpflicht reloaded – Wie und warum soll die Personalstärke der Bundeswehr anwachsen?“ der Tagung „Verteidigungspolitik auf neuen Wegen“ der ev. Akademie Loccum Ende Mai und
- war mit Input und Podiumsgespräch (mit Renke Brahms und Roger Mielke) an einer Fortbildungsveranstaltung für Religionslehrer*innen am 20. November in Villigst (Schwerte) beteiligt.

1.2 Veröffentlichungen und Pressemitteilungen

Christine Busch verfasste als Vorsitzende 2024 u.a. den Einleitungstext für die Handreichung für Kirchengemeinden zur Friedensdekade 2024.

Jan Gildemeister verfasste die thematische Einführung „Erzähl mir vom Frieden“ in der Handreichung zur Friedensdekade, „Nie wieder Krieg“ - 85 Jahre nach dem Überfall auf Polen, in Friedensforum 6/2024 und „Freiwilligendienst auf der Kippe“ für das Themenheft 2024 der Ev. Mission Weltweit.

Bernd Rieche verfasste einen Beitrag FriedensForum 5/2024 „Vernetzung der Konfliktbearbeitung in Deutschland“.

Als Druckerzeugnis veröffentlichte die AGDF 2024 nur die Handreichung der FriedensDekade für Kirchengemeinden.

Folgende Pressemitteilungen wurden 2024 veröffentlicht:

1	08.01.2024	PM des „Stoppt das Töten“-Bündnisses vom 5. Januar 2024: Antikriegs-Proteste zum Jahrestag des Ukraine-Krieges
2	19.01.2024	PM: AGDF begrüßt und unterstützt Demonstrationen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit
3	08.02.2024	Pressemitteilung des „Stoppt das Töten“-Bündnisses: Aufruf zu Aktionen gegen den Ukraine-Krieg: „Wir müssen friedensstüchtig werden!“
4	15.02.2024	PM: AGDF sieht mit großer Sorge auf den Krieg in der Ukraine und auf seine Opfer
5	27.02.2024	AGDF-PM: Die Lehren aus dem Desaster in Afghanistan bald ziehen
6	05.04.2024	30 Organisationen (darunter die AGDF) rufen auf: Aktionswoche zum Internationalen Tag der Kriegsdienstverweigerung (15. Mai)
7	02.05.2024	PM: Friedensverbände veröffentlichen Wahlprüfsteine zur Europawahl 2024: Für ein friedensfähiges und solidarisches Europa
8	02.05.2024	37 Organisationen und Netzwerke fordern: Völkerrechtswidrige Rüstungsexporte an Israel stoppen
9	03.05.2024	Wahlprüfsteine Europawahl: Erste Rückmeldungen der Parteien veröffentlicht
10	17.05.2024	Pressemitteilung der Projektgruppe "Kirchen gegen Atomwaffen" zum 7. Kirchlichen Aktionstag für eine atomwaffenfreie Welt in Büchel (25. Mai)
11	22.05.2024	PM des FORUMS MENSCHENRECHTE (AGDF-Mitgliedschaft): Nicht teilbar: Menschenrechte im aktuellen Konflikt in Israel und den besetzten palästinensischen Gebieten seit dem 7. Oktober 2023. FORUM MENSCHENRECHTE fordert deutliche und glaubwürdige Positionierung
12	03.06.2024	Pressemitteilung: AGDF und AKLHÜ laden am 7. Juni zu einem DigiTalk zu „Freiwilligendienste und Europas Zukunft“
13	05.06.2024	PM des Bündnisses „Stoppt das Töten in der Ukraine!“: Bündnis begrüßt Friedenskonferenz in der Schweiz und bedauert Fehlen Russlands
14	06.06.2024	PM des Bündnisses „Gerade jetzt. Für alle.“: Haushaltskürzungen - Zivilgesellschaft droht Kahlschlag
15	13.06.2024	Pressemitteilung von AGDF und EAK: Freiwilligkeit und zivile Friedensdienste sind das Gebot der Stunde. Stellungnahme der Geschäftsführer von AGDF und EAK zu Plänen von Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius zur Personalgewinnung
16	13.06.2024	PM AGDF: Demonstration gegen die Kürzungen in den Freiwilligendiensten
17	19.06.2024	PM: Über 300 Organisationen (u.a. die AGDF) fordern zum Treffen von Bundeskanzler und Ministerpräsident*innen: Menschen schützen statt Asylverfahren auslagern
18	03.07.2024	AGDF-PM: Arbeit für Demokratie vor dem Aus? 180 Organisationen schreiben offenen Brief an Bundeskanzler und Abgeordnete
19	21.09.2024	PM zum friedensethischen Studientag „Militärische Gewalt und Gewaltfreiheit“ in Berlin
20	22.09.2024	AGDF-PM: Demokratie stärken und Veränderungen gemeinschaftlich gestalten
21	22.09.2024	AGDF-PM zu Pflicht- und Freiwilligendiensten: Friedensfähig, weil freiwillig
22	22.09.2024	PM: AGDF lehnt Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland ab
23	23.09.2024	PM: Jochen Cornelius-Bundschuh ist neuer Vorsitzender der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden

24	06.11.2024	PM: FriedensDekade beginnt am 10. November - Interesse an der Ökumenischen FriedensDekade so groß wie nie zuvor
25	08.11.2024	PM von AGDF und EAK: „Neuer Wehrdienst“ in unsicheren Zeiten als Herausforderung für die Kirche
26	05.12.2024	PM: EAK und AGDF unterstreichen den Vorrang eines zivilen freiwilligen Friedensdienstes. Gemeinsames Positionspapier zu Dienstpflicht und Freiwilligkeit, zu Wehrpflicht, Kriegsdienstverweigerung und freiwilligem Friedensdienst
27	13.12.2024	AGDF-PM: Demokratie durch Engagement: Warum die Politik Internationale Freiwilligendienste stärken muss

Einige Pressemitteilungen wurden dabei übernommen von Bündnissen, zu denen die AGDF gehörte.

Dieter Junker unterstützte die Pressearbeit (auch) der AGDF. Kurzdarstellungen der AGDF wurden u.a. für verschiedene Handbücher und für Kollektorenempfehlungen verfasst oder aktualisiert.

Die Auflage regelmäßig erscheinender Publikationen der Mitglieder der AGDF betrug im Jahr 2024 ca. 104.300 Exemplare. Die Präsenz in den Sozialen Medien und erschienene Newsletter gehen (nur) aus der entsprechenden Anlage hervor (Übersicht: siehe Anlage).

1.3 Homepage und Anfragen

Die Kommunikation erfolgt vorrangig über das Internet. Seltener als noch vor einigen Jahren erkundigen sich Interessierte nach einem internationalen Freiwilligendienst bei der AGDF – da gibt es andere Wege wie www.ein-jahr-freiwillig.de, die von der AGDF mit unterstützt werden.

Folgende Webseiten werden (u.a.) durch die Geschäftsstelle bzw. Fachbereiche der AGDF betreut:

Adresse	Träger (verantwortlich)
www.friedensdienst.de	Allgemeine Homepage der AGDF
www.lokale.friedensarbeit.de	Homepage des Fachbereich I „lokale und regionale Friedensarbeit“
www.konflikte-qualifizierung.de	Homepage des Qualifizierungsverbundes ZKB des AGDF
www.ziviler-friedensdienst.org	Projekt Ziviler Friedensdienst Öffentlichkeitsarbeit + Wissensmanagement
www.kef-online.org	Konferenz evangelischer Freiwilligendienste (auch Servicestelle)
www.efef.de	Evangelisches Forum entwicklungspolitischer Freiwilligendienst (auch Projekt)
www.evangelische-friedensarbeit.de	Homepage der Konferenz für Friedensarbeit im Raum der EKD

2024 konnte der technische Prozess zum Relaunch der Webseiten und der Erstellung eines neuen Webseitenlayouts abgeschlossen werden. Im Rahmen dessen wurden alle Seiten der Geschäftsstelle neugestaltet und redaktionell überarbeitet.

2. Lobbyarbeit und Kooperationen

Aufgeführt werden an dieser Stelle nur (umfangreichere) Kontakte und Kooperationen, die in den anderen Kapiteln nicht erwähnt werden, d.h. beispielsweise nicht im Rahmen von Gremienarbeit erfolgten. Die Organisationen, in denen die AGDF Mitglied oder von denen sie Mitträger ist, sind in den Kapiteln B - D *kursiv* gekennzeichnet.

Die Vertretung übernahm, wenn dies nicht anders vermerkt ist, der Geschäftsführer.

2.1 ... mit kirchlichen Institutionen und Organisationen

2.1.1 EKD und ihre Gliedkirchen, Ökumene

Bei der Tagung der EKD-Synode Anfang November 2024 gab es einen gemeinsamen Informationsstand der Ev. Friedensarbeit und der Ev. Freiwilligendienste.

Vorstand und Geschäftsführung führten ein Gespräch mit der (neuen) EKD-Bevollmächtigten Prälatin Gidion. Christine Busch war als VfF-Vorsitzende berufenes Mitglied der Friedenswerkstatt, die sich auf Beschluss des Rates der EKD unter Leitung des EKD-Friedensbeauftragten mit aktuellen friedensethischen Fragen beschäftigt (s. B 3.2.1).

Zum Kirchenamt der EKD gab es verschiedene – z.T. enge – Arbeitskontakte, insbesondere zu der für friedensethische Fragen und Freiwilligendienste zuständigen Referentin, OKRin Dr. Dorothee Godel, und Vizepräsident Dr. Stephan Schaede. Mit ihm führten Vorstand und Geschäftsführung ein Gespräch in Hannover.

Bernd Rieche ist berufenes Mitglied der Projektgruppe „Anti-Diskriminierung, Gewaltprävention und Diversitätsorientierung stärken“, die einen Grundsatzbeschluss erarbeitet hat, welcher von der Synode angenommen wurde. 2025 soll dem Rat der EKD ein Maßnahmenpapier vorgelegt werden.

Vorstand und Geschäftsführung bitten Leitende Geistliche der Gliedkirchen, die neu in ihr Amt gekommen sind, um Gespräche. 2024 fand (nur) ein Gespräch statt mit Landesbischof der Ev.-Luth. Kirche in Bayern, Christian Kopp, an dem von Seiten der AGDF Christine Busch und Jan Gildemeister teilnahmen.

Insbesondere mit Friedensbeauftragten von Gliedkirchen gibt es eine Vielzahl von Arbeitskontakten. So führte Jan Gildemeister am 10. Juni in Leipzig ein Gespräch mit der neuen Friedensbeauftragten der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens, Maria Schiffels.

Mit der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland (ACK) gibt es insbesondere aufgrund der gemeinsamen Geschäftsführung für das Gesprächsforum Ökumenische FriedensDekade eine gute Zusammenarbeit.

2.1.2 Kirchliche Institutionen und Zusammenschlüsse

Die AGDF ist als Fachverband Mitglied in der *Diakonie Deutschland – Ev. Bundesverband*, dem Wohlfahrtsverband der evangelischen Kirchen. Zusammen mit Brot für die Welt ist sie Teil des Evangelischen Werk für Diakonie und Entwicklung e.V. (EWDE).

Vielfältig war die Zusammenarbeit mit dem EWDE. Arbeitskontakte gab es im Rahmen des Konsortium ZFD, der Zivilen Konfliktbearbeitung im Inland, der Qualifizierung von Friedensfachkräften (vgl. B 6), der Konferenz für Friedensarbeit, des Gesprächsforums Ökumenische FriedensDekade (vgl. B 3) und der Freiwilligendienste (B 1). Gesprächskontakte gab es mit Präsidentin Dr. Dagmar Pruin von Brot für die Welt und dem neuen Präsidenten Rüdiger Schuch der Diakonie Deutschland. Mit beiden führten Vorstand und Geschäftsführung ein Gespräch in Berlin.

Die AGDF ist Mitglied der *Konferenz der Werke und Verbände in der EKD*, einer Arbeitsgemeinschaft von bundesweiten Organisationen und Einrichtungen in der EKD. Christine Busch vertrat die AGDF in der Delegiertenversammlung.

Die gute Zusammenarbeit mit ev. Missionswerken wurde 2024 fortgeführt. Sie bezieht sich insbesondere auf die Freiwilligendienste (B 1), aber auch auf die Konferenz für Friedensarbeit im Raum der EKD (B 3). Mit der Arbeitsgemeinschaft der Ev. Jugend (aej) wurde in verschiedenen Arbeitszusammenhängen kooperiert.

Eine gute Kooperation mit katholischen Zusammenschlüssen gibt es in verschiedenen Arbeitsfeldern, insbesondere mit Pax Christi, der katholischen Bundesarbeitsgemeinschaft für internationale Freiwilligendienste und AGIAMONDO.

2.2 ... mit staatlichen Stellen

Mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), u.a. mit dem Unterabteilungsleiter für Ehrenamtspolitik (UA 11), den Referaten 102 „Demokratieförderung“, 115 „Jugendfreiwilligendienste“ sowie 504 Europäische und internationale Jugendarbeit und 505 Kinder- und Jugendplan gab es eine regelmäßige Zusammenarbeit.

Intensive Arbeitskontakte gab es mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), insbesondere mit dem Referat G 42 „Bürgerschaftliches Engagement, Austausch- und Freiwilligenprogramme, Engagement Global“, das für das Förderprogramm weltweit zuständig ist (B 1.2.1), und mit dem für das Instrument Ziviler Friedensdienst (B 6.2.2) zuständigen Referat G 23. Gesprächskontakte gab es auch mit dem zuständigen Abteilungsleiter Jochen Steinhilber. Einen regelmäßigen Austausch gab es im Bereich des Freiwilligen Internationalen Jahres auch mit dem Auswärtigen Amt, u.a. zu VISA-Fragen.

Es gab vielfältige Kontakte mit Bundestagsabgeordneten in den Feldern Freiwilligendienste, Entwicklungspolitik, Konfliktbearbeitung und Demokratieförderung; so zu den jeweils zuständigen Sprecher*innen der Fraktionen und denjenigen, die im Haushaltsausschuss für den jeweiligen Haushaltstitel zuständig sind, aber auch zu Mitgliedern des Unterausschusses Bürgerschaftliches Engagement sowie des Unterausschusses für Krisenprävention und vernetztes Handeln. Silvio Titzmann pflegte für den Gesprächskreis Internationale Freiwilligendienste die Kontakte zu den Büros der für das Thema Freiwilligendienste relevanten Bundestagsabgeordneten, hinzu kamen eine Vielzahl von Gesprächskontakten auch von Jan Gildemeister und Vertreter*innen von AGDF-Mitgliedsorganisationen im Rahmen der Lobbyarbeit für einen

Rechtsanspruch auf einen geförderten Freiwilligendienstvertrag. Bernd Rieche war an Kontakten zu Abgeordneten zu den anderen genannten Themenfeldern beteiligt.

2.3 ... mit anderen Nichtregierungsorganisationen

Neben den an anderer Stelle genannten vielfältigen Kooperationen sind noch folgende Kooperationen zu erwähnen:

Der AKLHÜ e.V. – *Netzwerk und Fachstelle für internationale Personelle Zusammenarbeit*, in dem die AGDF seit langem Mitglied ist, wirbt zum einen für die Idee eines Entwicklungsdienstes als umfassenden Sozial- und Friedensdienst und berät Interessierte, zum anderen bietet er ein Forum zur öffentlichen Diskussion aller Fragen der Personellen Zusammenarbeit. Er vernetzt Freiwilligendienste und Entwicklungsdienste und begleitet die Arbeit der deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und der ebenfalls staatlichen Organisation „Engagement Global“⁹. Die AGDF arbeitet im Fachbereich I „Internationale personelle Zusammenarbeit“ des AKLHÜ mit.

Am 19./20. Juni fanden Studientage des AKLHÜ zu „Decolonizing Fach- und Entwicklungsdienste“ und „Rechtsanspruch – mit Recht statt Pflicht die Freiwilligendienste entfesseln“ statt. Vertreter*innen von Vorstand und Geschäftsführung des AKLHÜ und der AGDF führten ein Gespräch, zudem nahmen Mitarbeitende der AGDF an der Verabschiedung von Gisela Kurth als langjährige Geschäftsführerin und der Begrüßung ihrer Nachfolgerin Withney Cecilia Akowuah teil.

Auf vertraglicher Grundlage erhält der deutsche Zweig des *Service Civil International e.V.* (SCI) Mittel aus dem Kinder- und Jugendplan des Bundes über die AGDF als Zentralstelle (E).

Relativ eng ist zudem die Kooperation mit dem *Forum Ziviler Friedensdienst* (seit April 2025 in „pro peace“ umbenannt) insbesondere im Konsortium ZFD (B 6.2.2) und in der AG Zivile Konfliktbearbeitung im Inland, bei letzterer auch mit dem Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung des VFB Salzwedel e.V..

E Zuschüsse und finanzielle Absicherung der Arbeit der Mitglieder

Im Jahr 2024 wurden über die Geschäftsstelle für den AGDF e.V. insgesamt knapp 650.000,00 Euro als Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln für die Mitglieder, die Trägerkonferenz der internationalen Jugendgemeinschaft und Jugendsozialdienste, den Service Civil International (SCI) und den AGDF e.V. selbst eingeworben und abgerechnet. 645.000,00 Euro dieser Mittel wurden aus dem Kinder- und Jugendplan des Bundes als mitverantwortende Zentralstelle über das BMFSFJ bzw. das Bundesverwaltungsamt (BVA) und das Koordinierungszentrum Deutsch-Israelischer Jugendaustausch (ConAct) zugunsten von Mitgliedern und dem SCI abgerechnet (siehe Anhang).

Die Mittel wurden verwendet für die internationalen Jugendgemeinschafts- und Jugendsozialdienste (Workcamps und Fachkräfteprogramme), inkl. der Aus- und Fortbildung von Mitarbeitenden (Kurse und Arbeitstagungen), für die Personalkosten von „Beit Ben Yehuda – Haus Pax“ in Israel und die Internationale Jugendbegegnungsstätte Auschwitz in Polen sowie anteilig für Personal- und Sachkosten von ASF, ICJA, SCI und der AGDF.

Aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans für Aus- und Fortbildungsmaßnahmen der Trägerkonferenz und der AGDF wurden 2024 u.a. gefördert: Seminare der Peace Brigades International, des Fränkischen Bildungswerkes für Friedensarbeit, von gewaltfrei handeln, der Bildungs- und Begegnungsstätte KURVE Wustrow, des Internationalen Bildungs- und Begegnungswerkes, von ICJA-Freiwilligenaustausch weltweit, des Friedenskreis Halle und der AGDF.

Hinzu kamen Zuschüsse vom Deutsch-Polnischen Jugendwerk (DPJW) in Höhe von knapp 4.500,00 Euro für zwei 4*1 Projekte der Friedensbibliothek/Antikriegsmuseum sowie einer deutsch-polnischen Begegnungsmaßnahme des Internationalen Bildungs- und Begegnungswerkes Dortmund.

Anhang

1. Mitgliederliste (Stand Dezember 2024)
2. Mitgliedschaften der AGDF (Stand Dezember 2024)
3. Statistische Übersicht I: Mitarbeitende in Geschäftsstellen und ehrenamtlich Tätige; Teilnehmende an Programmen
4. Publikationen 2024 (Titel, Auflagen, Erscheinungsweise)
5. Statistische Übersicht II: Detaillierte Statistik zu internationalen Freiwilligendiensten 2024
6. Öffentliche Zuwendungen 2024 (Volumen, Teilnehmende, Maßnahmen)
7. Öffentliche Zuwendungen (Übersicht 2019-2024)

⁹ In dieser Gesellschaft sind Bereiche für die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft gebündelt, u.a. die Koordinationsstellen der Förderprogramme weltweit und ZFD.

Mitglieder der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF)e. V.

Endenicher Str. 41, 53115 Bonn, Tel. 0228-24 999 0,
Email agdf@friedensdienst.de, www.friedensdienst.de

Stand: Dezember 2024



Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V. (ASF)

Auguststraße 80, 10117 Berlin
Tel.: 030 / 28395-184, Fax: 030 / 28395-135
e-mail: asf@asf-ev.de
Internet: <https://asf-ev.de>

Arbeitsgemeinschaft Frieden e.V.

Pfützenstr. 1, 54290 Trier
Tel.: 0651 / 9941017, Fax: 0651 / 9941018
e-mail: buero@agf-trier.de
Internet: www.agf-trier.de

Arbeitsstelle Frieden und Umwelt der Evangelischen Kirche der Pfalz

- Assoziiertes Mitglied -
Große Himmels-gasse 3, 67346 Speyer
Tel.: 06232 / 67150, Fax: 06232 / 671567
e-mail: info@frieden-umwelt-pfalz.de
Internet: www.frieden-umwelt-pfalz.de

Arbeitsstelle Kokon für konstruktive Konfliktbearbeitung der Ev.-Lutherischen Kirche Bayern

- Assoziiertes Mitglied -
Gudrunstr. 33, 90459 Nürnberg
Tel. 0911/4304-238, Fax: 0911/4304-303
e-mail: arbeitsstelle-kokon@elkb.de
Internet: www.arbeitsstelle-kokon.de

KURVE Wustrow - Bildungs- und Begegnungsstätte für gewaltfreie Aktion e.V.

Kirchstr. 14, 29462 Wustrow
Tel.: 05843 / 9871-0, Fax: 05843 / 9871-11
e-mail: info@kurviewustrow.org
Internet: www.kurviewustrow.org

Bund für Soziale Verteidigung e. V.

Schwarzer Weg 8, 32423 Minden
Tel.: 0571-29 456, Fax 0571-23 019
e-mail: info@soziale-verteidigung.de
Internet: www.soziale-verteidigung.de

Church and Peace e.V.

Mittelstraße 4, 34474 Diemelstadt-Wethen
Tel.: 05694 9905506
e-mail: intlooffice@church-and-peace.org
Internet: www.church-and-peace.org

Dokumentationsstätte zu Kriegsgeschehen und über Friedensarbeit im Friedens- und Nagelkreuzzentrum Sievershausen e.V.

Antikriegshaus Sievershausen
Kirchweg 4a, 31275 Lehrte-Sievershausen
Tel.: 05175 / 5738, Fax: 05175 / 6156
e-mail: info@antikriegshaus.de
Internet: www.antikriegshaus.de

Eine Welt e.V. Leipzig

Bornaische Str. 18
04277 Leipzig
Tel.: 0341/3010143
e-mail: info@einewelt-leipzig.de
Internet: www.einewelt-leipzig.de

EIRENE

Internationaler Christlicher Friedensdienst e.V.

Engerser Straße 81, 56564 Neuwied
Postfach 1322, 56503 Neuwied
Tel.: 02631 / 8379-0, Fax: 02631 / 837990
e-mail: eirene-int@eirene.org
Internet: www.eirene.org

Evangelische Kirche Mitteldeutschland

- Assoziiertes Mitglied -
Lothar-Kreyssig-Ökumenezentrum
Post: Am Dom 2, Büro: Hegelstr. 1, 39104 Magdeburg
Tel.: 0391/5346-399
e-mail: jens.lattke@ekmd.de
Internet: www.oekumenezentrum-ekm.de/friedensarbeit/

Evangelische Landeskirche in Baden, Arbeitsstelle Frieden

- Assoziiertes Mitglied -
Blumenstraße 1-7, 76133 Karlsruhe
Tel.: 0721 / 9175-471
e-mail: frieden.ekjb@ekiba.de
Internet: www.arbeitsstelle-frieden.de

Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft e.V. (FEST)

- Fördermitglied -
Schmeilweg 5, 69118 Heidelberg
Tel.: 06221 / 9122-0, Fax: 06221 / 167257
e-mail: info@fest-heidelberg.de
Internet: www.fest-heidelberg.de

Fränkisches Bildungswerk für Friedensarbeit e.V. (FBF)

Hessestr. 4, 90443 Nürnberg
Tel.: 0911 / 288500
e-mail: fbf@fbf-nuernberg.de
Internet: www.fbf-nuernberg.de

Friedensbibliothek-Antikriegsmuseum der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg – schlesische Oberlausitz

- Assoziiertes Mitglied -
Greifswalder Str.4, 10405 Berlin
Tel.: 030 / 5099691 + 42017037
e-mail: friedensbibliothek@web.de
Internet: www.friedensbibliothek.de

Friedensbildungswerk Köln e.V.

Obenmarspforten 7-11, 50667 Köln
Tel.: 0221 - 952 19 45
e-mail: fbkkoeln@t-online.de
Internet: www.friedensbildungswerk.de

Friedenskreis Halle e.V. (FK Halle)

Große Klausstr. 11, 06108 Halle/Saale
Tel.: 0345 / 27980710, Fax: 0345 / 27980711
e-mail: info@friedenskreis-halle.de
Internet: www.friedenskreis-halle.de

FIW „Friedensinitiative Westpfalz“ e.V.

Postfach 1705, 67606 Kaiserslautern
E-Mail: Friedensinitiative@gmx.de
Internet: www.friedensinitiative-westpfalz.de

Friedenswerkstatt Mutlangen e.V.

Forststr. 3, 73557 Mutlangen
Tel./Fax: 07171-75661
e-mail: post@pressehuette.de
Internet: www.pressehuette.de

Friedenszentrum Martin Niemöller Haus e.V.

Pacelliallee 61, 14195 Berlin
Tel.: 030 / 233278350, Fax: 030 / 84109952
e-mail: post@friedenszentrum-martin-niemoeller-haus.de
Internet: www.friedenszentrum-martin-niemoeller-haus.de

gewaltfrei handeln e.V.

Mittelstraße 4, 34474 Diemelstadt-Wethen
Tel.: 05694 / 8033
e-mail: info@gewaltfreihandeln.org
Internet: www.gewaltfreihandeln.org

INKOTA - netzwerk e.V.

Chrysanthemenstr. 1-3, 10407 Berlin
Tel.: 030/4208202-0, Fax: 030 /4208202-10,
e-mail: info@inkota.de
Internet: www.inkota.de

ICJA Freiwilligenaustausch weltweit e.V.

Stralauer Allee 20E, 10245 Berlin
Tel. 030-2000 716 0, Fax: 030-2000 716 1
Email: icja@icja.de
Internet: www.icja.de

Internationales Bildungs- und Begegnungswerk e.V. (IBB)

Bornstr. 66, 44145 Dortmund
Tel.: 0231 / 952096-0, Fax: 0231 / 521233,
e-mail: info@ibb-d.de
Internet: www.ibb-d.de

Mennonite Voluntary Service e.V. (MVS)

Hauptstraße 1, 69245 Bammmental
Tel.: 06223 / 47760, Fax: 06223 / 970360
e-mail: info@christlichedienste.de
Internet: www.christlichedienste.de

NETZ Partnerschaft für Entwicklung und Gerechtigkeit e.V.

Moritz-Hensoldt-Str. 20
35576 Wetzlar
Tel.: 06441 / 97463-0, Fax: 06441 97463-29
e-mail: info@bangladesch.org
Internet: www.bangladesch.org

Ohne Rüstung Leben e.V.

Arndtstr. 31, 70197 Stuttgart
Tel.: 0711 / 608396, Fax: 0711 / 608357
e-mail: orl@gaia.de
Internet: www.ohne-ruestung-leben.de

**peace brigades international,
Deutscher Zweig e.V. (pbi)**

Bahrenfelder Str. 101a, 22765 Hamburg
Telefon: 040-3890437-0, Fax: 040-3890437-29
e-mail: info@pbi-deutschland.de
Internet: www.pbi-deutschland.de

Versöhnungsbund e.V. (VB)

Schwarzer Weg 8, 32423 Minden
Tel.: 0571 / 850875, Fax: 0571-8292387
e-mail: vb@versoehnungsbund.de
Internet: www.versoehnungsbund.de

Weltfriedensdienst e.V.

Am Sudhaus 2, 12053 Berlin
Tel.: 030 / 253990-0, Fax: 030 / 2511887
e-mail: info@weltfriedensdienst.de
Internet: www.weltfriedensdienst.de

Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden

Rehlingstr. 9, 79100 Freiburg
Tel.: 0178 7267717
e-mail: buero.freiburg@wfga.de
Internet: www.wfga.de

AGDF Mitgliedschaften 2024

Organisation	Website
Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel	https://aufschrei-waffenhandel.de/
Allianz „Rechtssicherheit für politische Willensbildung“	https://zivilgesellschaft-ist-gemeinnuetzig.de
Arbeitskreis Lernen und Helfen in Übersee	https://entwicklungsdienst.de
Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement	https://b-b-e.de
Christliche – Muslimische Friedensinitiative Deutschland (CMFD)	
Coordinating Committee for International Voluntary Service (CCIVS)	https://www.facebook.com/secretariatccivs
Diakonie Deutschland im Evangelischen Werk für Diakonie und Entwicklung e. V.	https://diakonie.de
Erlassjahr.de – Entwicklung braucht Entschuldung	https://erlassjahr.de
Evangelisches Forum entwicklungspolitischer Freiwilligendienst	https://efef-weltwaerts.de
Forum Menschenrechte	https://forum-menschenrechte.de
Konferenz kirchlicher Werke und Verbände	https://ekd.de/kkwv
Konsortium ZFD	https://www.ziviler-friedensdienst.org/de
Kooperation für den Frieden	https://koop-frieden.de
Network of European Voluntary Service Organisations	https://nevso.eu
Netzwerk Friedenskooperative / Förderverein Frieden e.V.	https://www.friedenskooperative.de
Plattform Zivile Konfliktbearbeitung	https://konfliktbearbeitung.net

Bonn, den 31.12.2024

gez. C.Immes

AGDF: Statistische Übersicht I 2024

Statistische Angaben der Mitglieder der AGDF	2020	2021	2022	2023	2024
1. Mitarbeitende in den Geschäftsstellen					
Hauptamtliche (Teilzeit- und Vollzeitkräfte)	315	255	335	328	319
- davon männlich*	105	84	113	109	112
Honorarkräfte	52	110	121	107	66
- davon männlich*	26	42	53	43	22
Ehrenamtliche	62	91	73	70	78
- davon männlich*	31	54	30	39	34
2. Ehrenamtlich Tätige im Umfeld und zur Unterstützung der Arbeit der Einrichtungen	1.151	1.655	1.097	1.116	815
3. Zahl der Teilnehmenden an den Programmen					
Teilnehmende an kurzfristigen sozialen Lerndiensten	102	946	389	532	379
- davon männlich*	59	406	263	147	99
Längerfristige Freiwillige in sozialen Lerndiensten (3-24 Monate)	257	801	904	715	647
Fachkräfte für zivile Konfliktbearbeitung im In- und Ausland	82	80	88	44	75
- davon männlich*	46	49	53	20	48
Fachkräfte in der Entwicklungszusammenarbeit nach dem Entwicklungshelfergesetz	6	17	33	47	31
- davon männlich*	5	11	20	19	13
Teilnehmende an Bildungsmaßnahmen	9.860	16.142	14.850	15.584	16.351
BesucherInnen von Ausstellungen, Infoveranstaltungen	81.896	112.300	105.900	102.916	106.026
4. Veröffentlichungen					
a) Regelmäßig erscheinende Infobriefe, Zeitschriften, etc.	25	32	27	23	30
b) Auflagen regelmäßig erscheinender Publikationen (Gesamtzahl)	94.000 (449.000)	120.500 (704.200)	109.000 (703.500)	112.817 (555.918)	104.297 (695.869)

*der andere Teil umfasst die unter weiblich, divers, nicht binär Genannten.

Publikationen der AGDF Mitgliedsorganisationen 2024

	Organisation	Name der Publikation	Social-Media	Auflage	Erscheinung	Summe
1	Aktion Sühnezeichen Friedensdienste	Zeichen (print/online)		8.500	3 x jährlich	25.500
		Predigthilfe (print/online)		2.200 - 4.600	3 x jährlich	10.500
		Newsletter 10 Perspektiven – Sinti* über Auschwitz, Widerstand und Selbstbehauptung in der Gegenwart (online)		750	1 x jährlich	750
		Kurzfilme: Video-Testimonials Freiwilligen, Imagefilm IJFD		6.200	5 x Jahr	31.000
		Social Media	Instagram, Facebook, X (11/2024 beendet), Youtube, LinkedIn			
2	Arbeitsgemein-schaft Frieden Trier	Friedensbrief der AG Frieden		600	3 x jährlich	1.800
		Social Media / Filme. Nein	FB, Insta, Telegram			
3	Arbeitsstelle Frieden u. Umwelt (Pfalz)	k. A.				
4	Arbeitsstelle kokon Bayern	Mit Spannungen friedensstiftend umgehen		1.000	einmalig	1.000
		Perspektiven und Impulse für die Friedensarbeit in der ELKB (auch online)				
		Anlaßbezogene Rundmails vor allem für Veranstaltungen			mehrmals jährlich	
5	Bildungs- und Begeg. KURVE Wustrow	Trainings- und Seminare in Ziviler gewaltfreier Konfliktbearbeitung jeweils		500	jährlich	500
		Seminarprogramm 2024/2025		750	jährlich	750
		Kurzfilm/ Interviewpartner im podcast: https://jetzt-mal-ganz-friedlich.podigee.io/				
6	Bund für Soziale Verantwortung	Zeitschrift "Soziale Verteidigung"		3.650	4 x jährlich	14.600
		Email-Newsletter		1048	monatlich	12.576
		Social Media	k.A.			
		Kurzfilme	k.A.			
7	Church and Peace	Rundbrief Church and Peace auf dt., engl., frz. print		1.050	1 -2 pro Jahr	1.575
		Infomail, dt., engl., frz.		400	monatlich	4.800
		Social Media	FB, Insta			
8	Dokumentations-stätte Sievershausen	Verein-Newsletter + digitales Format		20	4 x jährlich	880
		Mitarbeit an Material-Box "bewegt" (Maik Bischoff)		1.000		1.000
		Wir müssen mal nach dem/n Rechten sehen - Materialien zum Thema Rechtsextremismus und Rechtspopulismus für die Arbeit in Kirchengemeinden (Mitarbeit /Elvin Hülser), im Online-Format abrufbar				
		Kurzfilm zum Friedensort Antikriegshaus im Friedens-und Nagelkreuzzentrum				
		Social Media	FB, Insta			
9	Eine Welt e.V. Leipzig	Newsletter			vierteljährlich	
		Social Media	FB/Insta			
		Einkaufsführer Fairer Handel		5	alle 2 Jahre	
		4 reels				
10	Eirene	EIRENE Magazin 3.500 - 4.000		4.000	3 x jährlich	12.000

Publikationen der AGDF Mitgliedsorganisationen 2024

		EIRENE Jahresbericht		3.800	1 x jährlich	3.800
		EIRENE Friedensbrief (online-Newsletter)		800	monatlich	9.600
		EIRENE Projektmailings 2.500 - 4.000		3.800	6 x jährlich	22.800
		Social Media	Insta, FB, YT, LinkedIn, Blue Sky			
11	LK der EKM, Lothar-Kreyssig-Ökumenezentrum	k. A.				
12	Ev. LK in Baden, Arbeitsstelle Frieden	k. A.				
13	Friedensinitiative Westpfalz e. V. FiW e.V.	k. A.				
14	Forschungsstätte FEST	k. A.				
15	Fränkisches Bildungswerk Friedensarbeit	Podcast vom Frieden her		300-500	alle 14 Tage	
		Rundbrief		800	vierteljährlich	3.200
		Fachnewsletter für KiTa's und Schulen		500	6 x jährlich	3.000
16	Friedensbibliothek-Antikriegsmuseum	keine				
17	Friedensbildungs-werk Köln	Programmflyer		4.000	3x jährlich	12.000
		Social Media	FB, Insta			
18	Friedenskreis Halle	Newsletter		1.024	monatlich	12.288
		Jahresbericht 500 digital		100	jährlich	100
		Social Media	FB, Insta, YT			
		Kurzfilme: mehrere - siehe Instagram	FB, Insta, YT			
19	Friedenswerkstatt Mutlangen	Newsletter bundesweit/regional / Pressehütte		650	3x jährlich	1.950
20	Friedenszentrum MNH	Webseite (Infos über Freiwilligendienste und Veranstaltungen)		2.000	4 x jährlich	8.000
		Flyer und Plakate zu jeder Veranstaltung		50	4 x jährlich	200
21	gewaltfrei handeln	"gewaltfrei konkret"		160	3x jährlich	480
		Newsletter		860	6 x jährlich	5.160
		Social Media	Insta			
22	INKOTA	Südlink 1.300 - 2.200		2.200	4 x jährlich	8.800
		Email Newsletter 1.000 - 18.000 1-4/Monat		10.000	monatlich	90.000
		Social Media	FB, Insta			
		Kurzfilme: keine				
23	ICJA	ICJA-News - online			4 x jährlich	
		Jahresbericht			1 x jährlich	
		Kurzfilme: 24 Reels und 6 TikTok				
		Social Media	YT, FB, Insta, LinkedIn, TikTok, Spotify			
24	Internationales Bildungs- u. Begeg. (IBB)	Generation Europe - The Academy		800	4 x jährlich	3.200
		Generation Europe - Booklets		online		
		Social Media (IBB Dortmund und generationeurope network)	FB, Inst			
		Kurzfilme siehe YT channel @IBBDortmund und @generationeuropetheacademy4673				
25	Mennonite Voluntary Service	Zeitschrift: Im Auftrag Jesu		1.200	3 x jährlich	3.600
		Newsletter "Freundesbrief"		1.100	2 x jährlich	2.200

Publikationen der AGDF Mitgliedsorganisationen 2024

		Kurzfilm: Einsatzstellen Vorstellungen, Vorstellung der Organisation				
		Social Media	FB, Insta, YT			
26	Netz	k.A.				
27	Ohne Rüstung Leben	Ohne Rüstung Leben - Informationen		15.500	4 x jährlich	62.000
		mail-Newsletter "Aktiv"		630	monatlich	7.560
28	Peace Brigades	pbi Newsletter		3.000	monatlich	36.000
		Jahresbericht öffentlich einsehbar auf der Webseite			1x jährlich	
		Spendenbrief		300-500	1 x jährlich	500
		Social Media	FB, Insta, LinkedIn, Tw (X), YT			
29	Versöhnungsbund e.V.	Rundbrief "Versöhnung"		2.300	4 x jährlich	9.200
		Spendenmailing		2.300	4 x jährlich	9.200
		Newsletter		1.900	monatlich	22.800
		Rundmail vom Friedensreferent Clemens Ronnefeldt		1.400	24 x jährlich	33.600
		Social Media	FB/YT			
30	Weltfriedens-dienst	WFD-Friedensmagazin zusammen:wirken		6.000	2 x jährlich	12.000
		Newsletter		5.000	3 x pro Monat	180.000
		WFD-Jahresbericht		1.000	1 x Jährlich	1.000
		Social Media	FB: 2.800, Insta: 1.800			
31	Werkstatt für gewaltfreie Aktion	Gewaltfrei aktiv		1.100	2x jährlich	2.200
		Email-Newsletter		850	12x jährlich	10.200
		Social Media	FB, Insta			
Gesamt				104.297		695.869

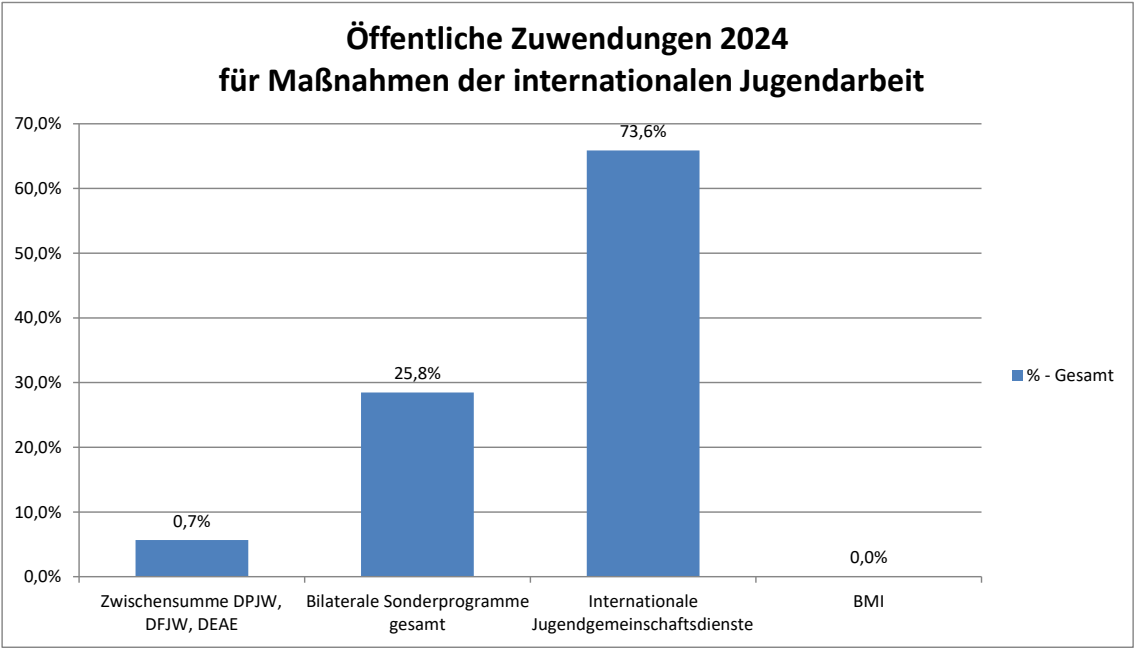
AGDF: Statistische Übersicht II 2024

Internationale Freiwilligendienste: Detaillierte Statistik 2024 (Outgoing Maßnahmen)

	Gesamt
Nach Alter der Freiwilligen	
Junge Menschen (bis 27 Jahren)	554
Ältere	8
Nach Regionaler Verteilung	
Westeuropa	165
Osteuropa (mit GUS)	36
Nordamerika	58
Mittel- und Südamerika	119
Afrika	52
Asien	79
Australien, Neuseeland	48
Nach Rechtsform des Dienstes	
IJFD	275
EFD/EVS	88
<i>FSJ/FÖJ i Ausland</i>	0
Förderprogramm „weltwärts“	164
ADiA	1
„privatrechtl. Freiwilligendienste	28
Nach Dauer des Dienstes	
Über 3 und bis zu 9 Monaten	54
Über 9 und bis zu 13 Monaten	486
Über 14 und bis zu 24 Monaten	16

AGDF: Öffentliche Zuwendungen 2024 für Maßnahmen der internationalen Jugendarbeit (Volumen, Teilnehmende, Maßnahmen)

Zuwendungsgeber	Abrechnung in €	% - Gesamt	deutsche TN	ausländ. TN	TN-Tage	Anzahl Maßnahmen
Summe DFJW	0,00	0,0%	0	0	0	0
Summe DPJW (Potsdam)	4.316,00	0,7%	17	21	152	3
Summe DPJW (Warschau)	0,00	0,0%				
Summe DEAE	0,00	0,0%				
Zwischensumme DPJW, DFJW, DEAE	4.316,00	0,7%	17	21	152	3
BMFSFJ						
ISR - Haus Pax	98.222,58	15,1%	1	0	365	1
POL - IJBST	69.116,02	10,6%	1	0	365	1
ISR / ConAct	0,00	0,0%	0	0	0	0
TSR / Tandem	0,00	0,0%	0	0	0	0
GRI	0,00	0,0%	0	0	0	0
JPE	0,00	0,0%	0	0	0	0
DRJA / RUS	0,00	0,0%	0	0	0	0
UKR	0,00	0,0%	0	0	0	0
CHN	0,00	0,0%	0	0	0	0
TUR	0,00	0,0%	0	0	0	0
Bilaterale Sonderprogramme gesamt	167.338,60	25,8%	2	0	730	2
Auslandsjugendfreiwilligendienste	0,00	0,0%	0	0	0	0
Internationale Jugendgemeinschaftsdienste	477.747,00	73,6%	890	317	9.306	68
Freiwilligendienste (FSD)	0,00	0,0%	0	0	0	0
Zwischensumme KJP	645.085,60	99,3%	892	317	10.036	70
BMI	0,00	0,0%	0	0	0	0
Zwischensumme BMI	0,00	0,0%	0	0	0	0
Gesamt AGDF 2021	649.401,60	100,0%	909	338	10.188	73



AGDF 2024 - Auflistung öffentlicher Zuwendungen für Maßnahmen der internationalen Jugendarbeit
BMI - DEAE - DFJW - DPJW - KJP (incl. ConAct - DRJA - Tandem)

Zuwendungsgeber	Bewilligung in €	Abrechnung in €	VW-Kosten für AGDF bzw. PK- Anteil AGDF	deutsche Teilnehmende	ausländische Teilnehmende	Teilnehmer- tage	Anzahl der Maßnahmen
DFJW 2024	0,00	0,00	0,00	0	0	0	0
Summe DFJW	0,00	0,00	0,00	0	0	0	0
DPJW 2024 (Potsdam)	4.316,00	4.316,00	366,55	17	21	152	3
Summe DPJW (Potsdam)	4.316,00	4.316,00	366,55	17	21	152	3
DPJW 2024 (Warschau)	0,00	0,00	0,00	0	0	0	0
Summe DPJW (Warschau)	0,00	0,00	0,00	0	0	0	0
DEAE 2024	0,00	0,00	0,00	0	0	0	0
Summe DEAE	0,00	0,00	0,00	0	0	0	0
Zwischensumme DFJW, DPJW, DEAE	4.316,00	4.316,00	366,55	17	21	152	3
BMFSFJ / KJP 2024							
incl. ConAct, DRJA, Tandem							
Israel / ConAct - Haus Pax - Personal	98.222,58	98.222,58	3.928,90	1	0	365	1
Polen / BMFSFJ - IJBST - Personal	77.000,00	69.116,02	2.764,64	1	0	365	1
Auslandsjugendfreiwilligendienste ¹	0,00	0,00	0,00	0	0	0	0
ISR / ConAct	0,00	0,00	0,00	0	0	0	0
TSR / Tandem	0,00	0,00	0,00	0	0	0	0
RUS / DRJA	0,00	0,00	0,00	0	0	0	0
GRI ²	0,00	0,00	0,00	0	0	0	0
JPE ²	0,00	0,00	0,00	0	0	0	0
UKR ³	0,00	0,00	0,00	0	0	0	0
TUR ³	0,00	0,00	0,00	0	0	0	0
CHN ²	0,00	0,00	0,00	0	0	0	0
Summe bilaterale Programme	175.222,58	167.338,60	6.693,54	2	0	730	2
Internationale Jugendgemeinschafts- dienste (inkl. AuF & AuF TK-SM & PK) ⁵	477.747,00	477.747,00	30.500,00	890	317	9.306	68
Kampagne "101 Jahre Freiwilligeneinsätze in internationalen Workcamps - Peace and Solidarity for the Future"	0,00	0,00	0,00	0	0	0	0
Aktionsprogramm "Aufholen nach Corona"	0,00	0,00	0,00	0	0	0	0
Summe Internationale Jugendgemeinschaftsdienste	477.747,00	477.747,00	30.500,00	890	317	9.306	68
FSD ¹	0,00	0,00	0,00	0	0	0	0
Summe FSD	0,00	0,00	0,00	0	0	0	0
Zwischensumme KJP incl. ConAct, DRJA, Tandem	652.969,58	645.085,60	37.193,54	892	317	10.036	70
BMI ⁴	0,00	0,00	0,00	0	0	0	0
Summe BMI	0,00	0,00	0,00	0	0	0	0
Zwischensumme BMI	0,00	0,00	0,00	0	0	0	0
Gesamt AGDF 2024	657.285,58	649.401,60	37.560,09	909	338	10.188	73

¹ Die Auslandsjugendfreiwilligendienste und die Freiwilligendienste laufen seit 2011 nicht mehr über den KJP.

² In den Programmen Griechenland (GRI), China (CHN) und Jugendpolitische Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern (JPE) sind im Jahr 2017 keine Maßnahmen beantragt worden bzw. entfallen.

³ Die Programme Ukraine (UKR) und Türkei (TUR) sind seit 2011 in die Internationalen Jugendgemeinschaftsdienste integriert.

⁴ Die Programme beim BMI werden ab dem Jahr 2017 lt. Beschluss Vorstand nicht über die AGDF als Zentralstelle sondern direkt von den Mitgliedsorganisationen beantragt und abgerechnet.

⁵ Ab dem Jahr 2020 sind die Fördermittel des SCI e.V., die er ehemals selbst über den KJP beantragt und abgerechnet hat, in die Zuwendung der AGDF integriert.

AGDF: Öffentliche Zuwendungen für Maßnahmen der internationalen Jugendarbeit (Übersicht 2003-2024) - hier 2019 bis 2024

Zuwendungsgeber								Abrechnung in €							deutsche Teilnehmende							ausländische Teilnehmer						
	2019	2020	2021	2022	2023	2024		2019	2020	2021	2022	2023	2024		2019	2020	2021	2022	2023	2024								
KJP																												
Intern. Jugendgemein.	380.000,00	515.000,00	485.000,00	570.500,00	454.940,00	477.747,00		924	354	316	639	773	890		402	23	72	639	344	317								
Zwischensumme	380.000,00	515.000,00	485.000,00	570.500,00	454.940,00	477.747,00		924	354	316	639	773	890		402	23	72	639	344	317								
RUS / DRJA	17.134,00	22.600,00	0,00					49	0	0					14	0	0											
WEI ²	0,00	0,00	0,00					0	0	0					0	0	0											
UNG ²	0,00	0,00	0,00					0	0	0					0	0	0											
UKR ⁴	0,00	0,00	0,00					0	0	0					0	0	0											
Zwischensumme	17.134,00	22.600,00	0,00	0,00	0,00	0,00		49	0	0	0	0	0		14	0	0	0	0	0								
ARM	0,00	0,00	0,00					0	0	0					0	0	0											
GRI ²	7.818,20	0,00	0,00					13	0	0					0	0	0											
TUR ⁴	0,00	0,00	0,00					0	0	0					0	0	0											
PAL	0,00	0,00	0,00					0	0	0					0	0	0											
PTG ²	0,00	0,00	0,00					0	0	0					0	0	0											
ISR / ConAct	8.700,00	0,00	0,00	10.762,00	8.349,00	0,00		23	0	0	16	18	0		12	0	0	16	6	0								
TSR / Tandem	0,00	0,00	0,00					0	0	0					0	0	0											
Zwischensumme	16.518,20	0,00	0,00	10.762,00	8.349,00	0,00		36	0	0	16	18	0		12	0	0	16	6	0								
JPE	0,00	0,00	0,00					0	0	0					0	0	0											
USA ²	0,00	0,00	0,00					0	0	0					0	0	0											
CHN	0,00	0,00	0,00					0	0	0					0	0	0											
Zwischensumme	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00		0	0	0	0	0	0		0	0	0	0	0	0								
ISR - Haus Pax	79.622,96	81.579,00	84.863,00	85.540,00	86.969,00	98.222,58		1	1	1	1	1	1		0	0	0	1	0	0								
POL - IJBST	71.900,00	68.000,00	68.666,30	70.000,00	70.000,00	69.116,02		1	1	1	1	1	1		0	0	0	1	0	0								
ENTIMON								0	0	0					0	0	0											
Zwischensumme	151.522,96	149.579,00	153.529,30	155.540,00	156.969,00	167.338,60		2	2	2	2	2	2		0	0	0	2	0	0								
FSD (Freiwilligendienst) ³	0,00	0,00	0,00					0	0	0					0	0	0											
Zwischensumme	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00		0	0	0	0	0	0		0	0	0	0	0	0								
A/F TK-SM ¹	0	0	0					0	0	0					0	0	0											
AuF Global ¹	0	0	0					0	0	0					0	0	0											
Zwischensumme	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00		0	0	0	0	0	0		0	0	0	0	0	0								
Gesamtsumme KJP	565.175,16	687.179,00	638.529,30	736.802,00	620.258,00	645.085,60		1.011	356	318	657	793	892		428	23	72	657	350	317								
Sonstige Programme																												
DFJW	4.922,32	0,00	0,00					9	0	0					1	0	0											
DPJW (Potsdam)	1.945,00	2.000,00	1.990,00	1.990,00	1.945,00	4.316,00		0	0	0	0	0	17		0	0	0	0	0	21								
DPJW (Warschau)	0,00	0,00	0,00					0	0	0					0	0	0											
DEAE	0,00	0,00	0,00					0	0	0					0	0	0											
BMI ⁵	0,00	0,00	0,00					0	0	0					0	0	0											
Auslandsjugendfreiwilligendienste ³	0,00	0,00	0,00					0	0	0					0	0	0											
Gesamtsumme Sonstige	6.867,32	2.000,00	1.990,00	1.990,00	1.945,00	4.316,00		9	0	0	0	0	17		1	0	0	0	0	21								
Gesamt AGDF	572.042,48	689.179,00	640.519,30	738.792,00	622.203,00	649.401,60		1.020	356	318	657	793	909		429	23	72	657	350	338								

¹ Ab dem Jahr 2004 werden die Fördermittel aus den Programmen A/F TK-SM und AuF Global in das Förderprogramm **Global** integriert.
² Ab dem Jahr 2009 werden die Fördermittel aus diesen Programmen in das Förderprogramm **Global** integriert.
³ Die Freiwilligendienste und die Auslandsjugendfreiwilligendienste werden ab 2011 nicht mehr über die AGDF als Zentralstelle gefördert.
⁴ Die Programme Ukraine (UKR) und Türkei (TUR) sind seit 2011 in die Globalmittel integriert.
⁵ Die Programme beim BMI wurden im Jahr 2017 lt. Beschluss Vorstand nicht über die AGDF als Zentralstelle sondern direkt von den Mitgliedsorganisationen beantragt und abgerechnet.
Im Jahr 2019 sind bei den Fördermitteln der Int. Jugendgemeinschaftsdienste Mittel in Höhe von 40.000,00 Euro für die Kampagne "100 Jahre Workcamps - Peace and Solidarity for the Future eingeschlossen.
Im Jahr 2020 sind bei den Fördermitteln der Int. Jugendgemeinschaftsdienste Mittel in Höhe von 60.000,00 Euro für die Kampagne "100 Jahre Workcamps - Peace and Solidarity for the Future eingeschlossen.
Im Jahr 2020 sind bei den Fördermitteln der Int. Jugendgemeinschaftsdienste Mittel in Höhe von 115.000,00 Euro vom Service Civil International (SCI e.V.) eingeschlossen, die der SCI ehemals selbst beim BMFSFJ/BVA beantragt und abgerechnet hatt.
Im Jahr 2020 gab es aufgrund der COVID-19-Pandemie eklatante Einbrüche bei den Freiwilligendiensten, daher sind die Teilnehmendenzahlen so gering.
Im Jahr 2021 gab es weiterhin aufgrund der COVID-19-Pandemie eklatante Einbrüche bei den Freiwilligendiensten, daher sind die Teilnehmendenzahlen so gering.